

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Herrmann
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelleiste 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Teures Brot! Steigende Arbeitslosigkeit! Kalte Wohnungen!

Das Laub fällt von den Bäumen, kalte Herbstwinde künden den nahenden Winter mit seinen Sorgen und Beschwerden. Die arbeitende Klasse Deutschlands steht dem diesjährigen Winter mit banger Sorge entgegen. Die apokalyptischen Reiter aus der Offenbarung Johannes: Krieg, Hungersnot, Pest und Tod werden in anderer, dem modernen Zeitalter angepasster Form über deutsche Flüren jagen. Es scheint, als sollte die deutsche Arbeiterklasse den bitteren Lebensschmerz des Glanzes bis zur Neige austrinken haben. Knappe Lebensmittelrationen bei ungeheurer hohen Preisen, Beschäftigungslosigkeit in großem Umfang und dadurch bewirkte Mittellosigkeit weiter Bevölkerungsschichten, kalte Wohnungen, hervorgerufen durch die Kohlenknappheit, das scheint die Signatur des wirtschaftlichen Zustandes in diesem Winter zu sein. Die jahrelang gehegten Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse werden erneut zu Grabe getragen werden müssen.

Angeichts der in Aussicht stehenden Zustände ist es unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben und weithin hörbar auszurufen, daß die arbeitende Klasse es satt ist, die wirtschaftliche Krise des kapitalistischen Wirtschaftslebens noch länger auf ihrem Rücken austragen zu lassen. Den herrschenden Gewalten Deutschlands muß es zum Bewußtsein gebracht werden, daß der Worte genug gewechselt sind und wir endlich Taten sehen wollen.

Heut helfen euch nicht Wortgepinste
Der abgelebten Redefünfte.
Man fängt nicht Ratten mit Syllogismen
Sie springen über die feinsten Sophismen.

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Anbeldgründen,
Nur Argumente von Rinderbraten
Begleitet von Göttinger Würstzitäten.

Die Zwangswirtschaft für Lebensmittel ist zum größten Teil aufgehoben. Nach weiter wird die Preiskurve nach oben gehen, was zur Folge hat, daß die Proletarier den Hungerriemen immer enger schnallen müssen. Man verfolge die Diskussion in der Presse über die Kartoffelpreise. Die Bauern machen Miene, dieses Brot auf dem Tisch des Arbeiters nur zu ganz horrenden Preisen abzugeben. Strotzende kommt zu den von der Behörde festgesetzten Preisen nur ungenügend zur Ablieferung. Nach den verflochtenen Sünden der Regierung, hoffen die Bauern später einen höheren Preis durch Lieferungs- und sonstige Prämien zu erhalten. Ganz ohne Grund ist den Bauern in den verflochtenen Erntejahren ein reicher Geldsegen in den Schoß geschüttet worden. Die Nachgiebigkeit rächt sich jetzt. Die Bauern und Lebensmittelkäufer sind dabei, die von jedem durchgreifenden Zwang befreite Lebensmittelwirtschaft mit aller Strapazierbarkeit für sich auszunutzen. Das wirtschaftliche Schwerkraft verschiebt sich immer mehr nach dem platten Lande hin. Die Bevölkerung der Städte verarmt in immer größerem Umfang, während die Bereicherung des landwirtschaftlichen Produzenten in demselben Ausmaß vor sich geht. Die letzten fünf Jahre haben der Bauernschaft eine vollständige wirtschaftliche Gesundung gebracht. Gab es vor dem Krieg noch einen zum Teil verschuldeten Bauernstand, so ist heute festzustellen, daß nicht nur sämtliche Schulden abgetragen, sondern jeder Bauer es zu einem gewissen Wohlstand gebracht hat. Die Ausweise der Kreisparlamente und Raiffeisen-genossenschaften usw. legen von den täglich sich steigenden Einlagen Zeugnis ab. Jeder, der Gelegenheit hatte, sich das Leben und Treiben von heute auf den Dörfern einmal anzusehen, wird erstaunt sein über den Luxus, der heute dort zur Schau getragen wird. Heute tanzt keine Dorfschöne mehr in Kattungswändern, sondern seidene Kostüme beherrschen das Feld. Geht die Entwicklung so weiter, so werden wir in einigen Jahren eine vollständig verarmte Stadtbevölkerung und eine reiche Dorfbourgeoisie zu verzeichnen haben.

Die systematische Züchtung einer Dorfbourgeoisie birgt für die soziale Revolution auch in anderer Beziehung große Gefahren in sich. Jeder Sozialist, der die realen Kräfte eines

Volkes zu überblicken vermag, ist sich darüber klar, daß die Revolution, das heißt die wirtschaftliche und politische Umgestaltung, nicht zu einem befriedigenden Resultat getrieben werden kann, wenn die gesamte Dorfbewölkerung in geschlossener Phalanx sich dagegen auflehnt. Die Kapitulation, die die russischen Genossen gegenüber der Bauernschaft eingehen mußten, ist allgemein bekannt. Jedes Weiterstreben der Revolution im sozialistischen Sinne ist in Rußland auf dem Lande ausgeschlossen. In noch viel größerem Maße ergeben sich Schwierigkeiten in den mittel- und westeuropäischen Ländern. Der endgültige Sieg der sozialen Revolution rückt in immer weitere Ferne, je mehr die Bauernschaft in die Lage versetzt wird, sich auf Kosten der Lebensmittel konsumierenden Bevölkerung zu bereichern. Deshalb: Herunter mit den Preisen für Lebensmittel. Diese Forderung muß mit aller Deutlichkeit propagiert und durch tatkräftiges Handeln der gesamten Arbeiterklasse unterstützt werden.

Die Arbeitslosigkeit wächst von Woche zu Woche. Das Heer der Arbeitslosen beträgt heute rund 500000 mit nahezu 400000 unterstützungsberechtigten Familienmitgliedern. Wie soll das im Winter werden, wenn die Steigerung so weiter geht? Der Reichstag, die Landesparlamente, Kommunen und der Reichswirtschaftsrat haben sich mit der Behebung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Allgemein war man der Meinung, daß eine rein geldliche Unterstützung zu vermeiden sei und stat dessen die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge gefördert werden müsse. Wir stimmen dem zu. Auch wir sind der Meinung, daß mit einer unzureichenden Unterstützung in Papiergeld weder dem Arbeitslosen noch der deutschen Volkswirtschaft geholfen ist, sondern Arbeit, produktive Arbeit beschafft werden muß. Im Reichswirtschaftsrat hat Kollege Wissell eine Reihe von Forderungen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit formuliert: Abbau der Preise; Verhinderung von Stilllegung vollwirtschaftlich notwendiger Betriebe und nötigenfalls Weiterführung derselben von einer öffentlichen Stelle; Verbot und Einschränkung der Ausfuhr wichtiger Rohstoffe; Unterstützung der Kurzarbeiter mit einem Prozentsatz ihres Tariflohnes usw. Diese Vorschläge, so gut sie gemeint sein mögen, bleiben u. G. auf halbem Wege stehen. Wir sind der Meinung, daß dieses Problem nur durch energisches Zugreifen gelöst werden kann. So wenig man von einem Menschen verlangen kann, er soll über seinen Schatten springen, so wenig kann man den Unternehmern und sonstigen nichtsozialistischen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats zumuten, daß sie durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beschließen helfen.

Die wirksamste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nur zu erreichen durch Abbau der kapitalistischen Profitwirtschaft und Einleitung der sozialistischen Produktionsweise. Wenn selbst der Reichswirtschaftsrat in versteckter Form zu der Überzeugung kommt, daß zur Behebung der Krise ein Eingriff in die kapitalistische Produktionsweise notwendig ist, so sagen wir, daß nur ein fühlbarer Eingriff wirksam ist. Die Krankheit eines Systems, wie sie die wirtschaftliche Krise darstellt, kann nur geheilt werden durch die Änderung des Systems selbst. Zur Abhilfe der planlosen Profitwirtschaft muß die sofortige Einführung einer planmäßigen Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterchaft gefordert werden. Die Betriebsräte müssen das Recht erhalten, den Produktionsprozeß bis in die letzten Verästelungen zu überwachen. Gibt man den Betriebsräten diese Rechte, dann braucht man im Reichswirtschaftsrat nicht über die Möglichkeit von Gesetzen zu beraten, die den Abbruch von Betrieben, Ziegeleien usw., Verschiebung und Verschiebung von wichtigen Werkzeugmaschinen nach dem Auslande und anderes mehr verhindern sollen, dann ergibt sich die Unmöglichkeit derartiger Unternehmerabotage ganz von selbst. Neben der planmäßigen Kontrolle der Produktion muß eine Kontrolle und ein Mitbestimmungsrecht in der Preisgestaltung durch die Betriebsräte gefordert werden. Die Ent-

wicklung der Warenpreise von den Lebensmitteln bis zum Rohmaterial Kohle und Eisen hat ein geradezu beängstigendes Stadium erreicht. Biegen doch letzten Endes die Wurzeln der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der Entwicklung der Preisgestaltung. Was nützen der Arbeiterschaft alle Lohnbewegungen, wenn die Preise aller Gegenstände diesen automatisch auf dem Fuße folgen. Die verflochtene Hochkonjunktur, wo deutsche Waren in unabsehbaren Mengen ins Ausland wanderten, hat den Unternehmern riesige Gewinne in den Schoß geworfen. Eine eingehende Preiskontrolle der Betriebsräte hätte im Bunde mit einer starken Regierung diesen Milliardenstrom in die Kassen der Allgemeinheit ablenken können. Statt dessen brachte man nach Ablauf der Konjunktur, auf Anregung der Zentralarbeitsgemeinschaft, eine sog. Ausfuhrabgabe zur Einführung, die sich dann mehr schädlich als nützlich erwies. Halbheiten, wohin wir blicken. Eine planmäßig aufgebaute Preis- und Produktionskontrolle, ausgeübt durch die Betriebsräte, wird es vermögen, die Produktion in Deutschland in geordnete Bahnen zu bringen und einen wirksamen Abbau aller Preise in die Wege zu leiten. Dann gibt es auch wieder Arbeit für die Arbeitslosen.

Im Bunde hiermit muß nun endlich die seit anderthalb Jahren versprochene Sozialisierung der syndizierten Industrien in das Stadium der praktischen Inangriffnahme marschieren, ja, sie sollte nach einem Plakat der damaligen Regierung schon da sein. Da muß nun im September 1920 die beschiedene Frage einmal an die öffentlichen Gewalten gerichtet werden, wann die Sozialisierung eigentlich in Marsch gesetzt werden soll? Die Sozialisierungskommission hat getagt und hat wiederum einige Programme ausgearbeitet über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Wird die gegenwärtige Regierung die Kraft haben, diese an sich uns nicht weit genug gehenden Programme zur Durchführung zu bringen? Oder wird sie sich auch ebenso als die verflochtene, von Rechtssozialisten durchsetzte Regierung um die Verwirklichung dieser Frage herumdrücken? Wir haben wenig Hoffnung. Wir sehen unsere ganze Hoffnung auf die Aktivität des Proletariats! Und will die Arbeiterschaft verhindern, daß das Volk unter dem sich zeigenden furchtbaren Glanz nicht vollständig zusammenbrechen soll, dann muß mit einheitlichen Maßnahmen zu Handlungen geschritten werden.

Einen günstigen Anlaß, einen einheitlichen Massenwillen zum Ausdruck zu bringen, sehen wir in dem nächste Woche tagenden Reichskongreß der Betriebsräte. Die 1100 Delegierten des Betriebsrätekongresses vertreten 900000 organisierte Arbeiter, eine Macht von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Er soll in klaren Richtlinien den Proletariern den Weg weisen, den sie zu gehen haben, der sie herausführt aus dem Labyrinth wirtschaftlicher Misere. Gegenüber unseren Gegnern müssen diese Richtlinien ein einheitliches Postulat darstellen, getragen von übereinstimmendem Willen der Millionenarmen organisierter Arbeiter. Gerade zu den Fragen, die wir in diesen Zeilen besprochen, muß der Kongreß Stellung nehmen. Er muß gegenüber der Regierung zum Ausdruck bringen, daß 1. die Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände erfolgt; 2. eine durchgreifende Preis- und Produktionskontrolle durch die Betriebsräte ausgeübt werden kann, was zur Folge hat, daß die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes erweitert werden müssen und 3. die Sozialisierung der kartellierten Industrien in Angriff genommen wird. Was wir vor allen Dingen vom Reichskongreß erwarten, ist, daß er einen einheitlichen Willen zum Ausdruck bringt, den eben aufgeführten Forderungen eventuell durch einheitliche Aktionen den genügenden Nachdruck zu verleihen und sich nicht in Haarspaltereien verliert über Betriebsrätezentrale und ähnlichen Firletraus. Möge der Kongreß zeigen, daß die Arbeiterklasse auch heute noch in den Gewerkschaften eine große geschlossene Macht besitzt, zum Wohle der arbeitenden Klasse. Glück auf zu einheitlichen Taten!

Der Syndikalismus als Tat

In Italien erobert der Aufstand der Industriearbeiter seinen Ab- und Grabesang. Vor kurzer Zeit wußte ein römisches Telegramm der Frankfurter Zeitung zu melden, daß die Einigung zwischen den Fabrikanten und den aufständischen unmittelbarem bevorstehe. In der Lohnfrage für die Metallarbeiter sei eine Verständigungsformel mit den Industriellen hergestellt; Schwierigkeiten mache nur noch die Festlegung des Modus, wie die bestetzten Fabriken wieder zu räumen seien und also allzu entehrende Bedingungen für die Arbeiter vermeiden würden. Das syndikalistische Großexperiment des italienischen Industrieproletariats hätte damit mit einem Resultat geendet, das gewiß ohne das Aufgebot der ganzen extremen syndikalistischen Idee durch die alten und bewährten Methoden des Arbeiterkampfes, durch gewerkschaftlichen Druck und Streiksolidarität genau so gut zu erreichen gewesen wäre. Das Mäuslein eines besseren Tarifs hätte am Ende der kriechenden syndikalistischen und anarchischen Weg geboren und Krapotkin fände den Extrakt seines antimarcinischen Evangeliums auf die dünne Lauge eines höheren Stundenlohnes reduziert vor. Sapianti sat — für den, der lernen kann und will, wahrhaftig genug!

Die italienischen Metallarbeiter standen am Ende vorigen Monats in einer Lohnbewegung. Italien, der ärmste der „Sieger“ von Versailles, das als tohlen- und rothlohnarmes Land ungeheuerliche Tribute an seine Bundesgenossen gezahlt hat und das zwar mit einigen bunten Federn und Rappen für die nationalsozialistische Schmierentabüre der D'Annunzio's und anderer Irredentistenschreier, sonst aber krank am Herzen und noch kränker am Verstand aus der großen Raubtierhaltung in Versailles und St. Germain zurückgeführt ist — dieses Italien nach 1918 wird von Leuerung, Wucher, Produktionskrise, Hungerrevollen nicht weniger geschüttelt als das besetzte Mittel-

europa. Die Lohnbewegung der Metallarbeiter war zunächst nur eine kleine Szene aus diesem Drama des schleichenden Staats-, Finanz- und Wirtschaftsankrotts. Aber die italienischen Metallarbeiter gehören auch zu jener Proletarierschicht der romanischen Länder, in der die syndikalistischen Ideen sich noch die meisten offen und verstemten Anhänger behaupten haben. Die Ausflugsarbeit des modernen Marxismus hat zwar auch hier gerade in den letzten Jahrzehnten schrittweise Terrain erobert, Propagandafolge! War, Gefinnungs- und Gergensache ist der Sozialismus selbst heute noch nicht in diesen Wägen des Syndikalismus geworden. Mit vulkanischer Kraft schossen die Arbeiter in der Bewegung, selbst die die Frage nach dem bestmöglichen der Arbeiterchaft lebenden syndikalistischen und anarchischen Ideen in die Höhe. Keine Politik! Der Staat geht uns nichts an! Die Fabrik den Arbeitern! Man lieh Giolitti Giolitti sein. Um den Monte Citorio, seine Parlamentsmaschinerie, seine Staatskassen, seine Gendarmenregimente kümmerte man sich weniger als um die Oibaumbaine des Vatikans. Man trieb die Fabrikanten aus den Kontoren, besetzte die Fabriken, bettelte die Ingenieure, die man zunächst mit den Resten auf die Straße gesetzt hatte, an, zurückzukehren und ließ unter eigener Regie die Schloten rauchen und die Hammer pochen. So hielt man die soziale und die revolutionäre Frage für gelöst. Die italienische Fabrikrevolution der 14 Tage reizt unwillkürlich zum Vergleich. Sie ist in Methode und Ziel der Antipode der deutschen Novemberrevolution. In ihrem bis auf Unwesentlichkeiten gleichen Endejeßet dagegen können sich beide die Hand reichen. Sie sind beide gescheitert (gescheitert, nehmt alles nur in allem) an ihrer Einseitigkeit! Bei uns die Verlegung fast der gesamten proletarischen Stofkraft auf die Eroberung der politischen Macht, auf den Sturz der preußischpreussischen Duobeherrlichkeit, die Verweisung von Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten

Italien die Verschwendung der revolutionären Kräfte auf nur wirtschaftliche Objekte, auf die Fabriken und Maschinen allein, auf die Tempelaustrübung der Aktionäre und Generaldirektoren und die Einschmierung der revolutionären Frage zur unendlichen Kleinerei. Die erzieht man die kommunistische Fabrik? Ein Scherzspiel für die Wahrheit dialektischer Geschichtsbeurteilung: Nicht Zwei, nicht Antithese ist an sich schon der Aufstieg der Geschichte; erst aus dem Zusammenwirken beider bleibt allein die Synthese als das dauerhafte und bleibende historische Bild nach aufwärts übrig.

Es war der Fluch unserer deutschen Revolution, daß die Frage der Beendigung des Krieges, die eine rein politische war, in den Vordergrund des ganzen umstürzlerischen Geschehens getreten war, so daß sie alle anderen, vielleicht viel wichtigeren Probleme einer bis zu den Fundamenten gehenden Welterneuerung überdeckte: das machte aus der deutschen Revolution schließlich eine Solatenrevolte, wenn auch allerdings größten Stils, die sich in dem Augenblick ab- und totgelassen hatte, als die politische Frage der Kriegsbeendigung durch sie gelöst war. Es ist dagegen die Tragik der italienischen Aufstandsbewegung, daß sie ihren Anfang von einer Leuerung- und Hungerrevolte einer ganz bestimmten Arbeiterkategorie nahm und dank syndikalistischer Gedankengänge ihrer Leierer nicht über diesen ihren rein wirtschaftlichen Charakter hinausgehoben wurde. These und Antithese! Die Rettung der Revolution liegt allein in einer festen, zielbewußten, tatkräftigen Vereinigung beider revolutionären Tendenzen, der wirtschaftlichen und der politischen. Revolutionäre Synthese!

Man muß trauernd sein Haupt senken vor solchen „gigantischen Irrtümern“ des Proletariats, wenn man beachtet, wie der Klassengegner, die Bourgeoisie und ihre Führer, eine viel größere Erkenntnis-

revolutionären Ereignissen aufbringt. Wäre der Fuchs Giolitti, der sich das italienische Bürgerium trotz seiner Unpopularität (als Neutralist) zum letzten antibolschewistischen Retter ausgerufen hat, mit Feuer und Schwert in die Aktion der Metallarbeiter hineingefahren, dann erst hätte wahrscheinlich die rein syndikalistische Aktion die für die herrschende Klasse einzig gefährliche Wendung bekommen. Der schleichende und hauernde Gendarm hätte vielleicht mit einem Mal auch die politische Aktion des Proletariats selbst herausgefordert. Er hätte der Arbeiterschaft handgreiflich bewiesen, daß nicht nur Fabrikanten, sondern auch Minister, nicht nur Unternehmerkontoren, sondern auch Parlamentsäle ihm feindlich entgegenstehen. Mit dem sicheren Instinkt eines mißlichen Staatsmannes bürgerlicher Fasson erlachte Giolitti diese Situation. Er zeigte nicht nach dem Ruhm eines Koste und gerade dadurch hat er die eigentliche Revolution noch einmal von seiner Klasse abgewendet. Die römische Regierung blieb bis zur Selbstenttäuherung passiv oder, wie sie es nannte, „neutral“. Aber gerade diese Neutralität, die reformsozialistischen Maßnahmen des Arbeitsministers Labriola noch mehr, waren tendenziell, kühlste, berechnende Feindschaft. Dadurch wurde erst die ganze Aktion zur Folge eines etwas ungewöhnlichen Lohnkampfes herabgedrückt. Italia fara da se — in Italien machen sich auch die Revoluten von allein.

So war es in der Tat: Die Fabrikanten sahen zwar versammelt und mit ihren Köpfen in Rom und fluchten und wackelten auf die Regierung, die ihnen keine Lipini und Verzaglieri stellte, aber die Regierung rettete sie so. Die Arbeiter in den besetzten Fabriken waren schon nach acht Tagen in verzweifelter Lage. Woher die Rohstoffe nehmen, wenn die Regierung über die Verkehrswege gebot? In einigen Fabriken lag zwar Material für mehrere Monate, in anderen aber nur für Tage. Woher die Löhne nehmen, wenn schon die öffentlichen Kassen nicht einer kommunistischen Wirtschaftsweise unterliegen? Den Gewerkschaften, selbst wo sie dazu willens waren, mußte die Auszahlung der Hunderttausende über die Kraft gehen. Wie die Produktion absetzen, wenn schon die Schär der geistigen Arbeiter der nur aufgehobenen, nicht aber beseitigten Unternehmermacht weiter unterband und der Staat gar keine Anstalten machte, irgenbein kommunistisches Verteilungssystem bereitzustellen? So scheiterte das syndikalistische Experiment eben an seinem Syndikalismus. Es ging an seiner Einseitigkeit zugrunde, die hochmütig auf die parlamentarischen ministeriellen Marginalen herabsah und die Arbeiterunionsen gewissermaßen als die Naturheilkunde der Weltrevolution ansah. Man darf vielleicht hoffen, daß diese Generalprobe des Syndikalismus die Arbeiterschaft auch zugleich von ihm geheilt hat. Am Ende der „revolutionären“ Dinge in Italien wird ein höherer Tarif und ein dreimal höherer Brotpreis, also schließlich noch eine Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiterklasse stehen, es sei denn, daß noch in letzter Stunde unvorhergesehene Zwischenfälle, eine Ungeschicklichkeit der Regierung, eine Provokation des Militärs oder sonst ein nicht vorhergesehenes Intermezzo die Bewegung auf andere Bahnen drängen, die zu befreiten gerade die syndikalistischen Führer ablehnen. Ja der Linie der Ratunotwendigkeit liegt auf jeden Fall eine solche Hoffnung nicht. (Leipz. Volksztg.)

Betriebsräte und die III. Internationale

Der Kampf um die Internationale schiebt die Rätefrage wieder in den Vordergrund. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war schmerzlich Erschütterungen durch den Kampf um die Betriebsräte ausgeht und nur durch das ziellose Verhalten seiner führenden Personen konnte größerer Schaden verhütet werden. Allerdings sind für das Reich die Rätefragen bestimmter Wichtigkeit in den Stunden der Opportunisten geschleudert worden, obgleich ihre Ansichten durch die Taten der III. Internationale bestätigt werden. In den Richtlinien für die Tätigkeit der Kommunisten in den bestehenden Organisationen, also auch der Betriebsräte, welche uns vorliegen, wird der Wert auf die Gewerkschaften, die schon jetzt zentralisierte Kampforgane seien, gelegt. In den Richtlinien für die Betriebsräte heißt es aber:

Die Verteilung der Aufgaben unter die Betriebskomitees und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution. Die Gewerkschaften organisieren die Arbeiterschaft für den Kampf um Grund der Forderungen von Lohn-erhöhung und Verkürzung des Arbeitstages in gemeinschaftlichem Maßstab. Die Betriebskomitees organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerstörung, umfassen alle Arbeiter der Unternehmen, aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gemeinschaftlichen Charakter annehmen. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die konter-revolutionären Tendenzen ihrer Bürokratie überwinden, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, haben die Kommunisten das Bestehen, die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerkschaften zu machen, zu unterstützen.

Die Richtlinien und Bedingungen der III. Internationale, die an Arbeiterschaft nichts zu wünschen übrig lassen, enthalten gerade in diesem Punkt eine auffallende Unklarheit. Um den Kern der Sache wird herumgegangen, jedoch um den Ritz, den die Machter der deutschen selbständigen Räteorganisation machen müssen, nicht so ins Gedächtnis springen zu lassen. Weiter wird über die Tätigkeit in den Gewerkschaften im Abschnitt 4 gesagt:

... müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus zu machen. Kampfgang ist demnach die Gewerkschaft. Dieser Aufgaben jede von die oben zitierten Sätze aus den Richtlinien der Betriebsräte entgegen, nach denen die Gewerkschaften den Kampf auf Grund von Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen organisieren sollen. Wer objektive Widersprüche prüft, auf der einen Seite die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen mit dem Ziel, Sturz des Kapitalismus, zu machen und auf der anderen ihnen nur die Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen zuweisen, wird sich unserer Auffassung über die Einstellung dieser Richtlinien nicht verschließen können.

Da aus den Richtlinien kein klares Bild über die Stellung der Betriebsräte zu gewinnen ist, müssen wir G. Gumpel, Staats-kommunisten Sowjet-Rußlands, als bestenfalls Interzitat heranziehen. In seiner Schrift „Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung“ schreibt er zur Frage der Betriebsräte:

In Deutschland und in anderen Ländern ist während der letzten Monate die Idee entstanden, die alten Gewerkschaften durch sogenannte Betriebsräte zu ersetzen. Diese Betriebsräte sind eine ähnliche Organisation, wie wir sie in Rußland in der Form der Fabrikkomitees haben. Das hat Jellen, die von den Arbeitern in den Betrieben selbst zur Leitung in erster Linie der Fabrik-angestellten gewählt werden.

Selbstverständlich unterstützt die kommunistische Internationale voll und ganz die Idee der Bildung solcher Betriebsräte oder Fabrikkomitees — insbesondere die Bildung dieser Komitees auf revolutionärer Grundlage, in revolutionärem Willen. Jedoch darf man keinen Augenblick daran denken, daß diese Fabrikkomitees auf diese oder jene Weise die Gewerkschaften ersetzen könnten. In Sowjet-Rußland sind diese Fabrikkomitees selbst zu Grundzellen der Gewerkschaften geworden. Die Fabrikkomitees in Rußland sind die wichtigsten Organisationskollektive, auf deren Basis die Gewerkschaften errichtet sind.

In der Erneuerung der gegenwärtigen „freigelegten“ Gewerkschaften werden diese Fabrikkomitees im höchsten Grade beitragen. Die Umgestaltung geschieht in bedeutendem Maße durch diese Betriebsräte. ...

Nach diesen Ausführungen sind die Betriebsräte Jellen in den Betrieben zur Leitung der Fabrikangestellten, die aber keinesfalls die Gewerkschaften als Kampforgane ersetzen können. Da ferner die Umgestaltung der Gewerkschaften durch diese Betriebsräte erfolgen soll, ist an der Tatsache, daß die Betriebsräte in den Gewerkschaften zusammengefaßt werden müssen, nicht mehr zu zweifeln. Selbst in

Betriebsräte die Gewerkschaften mit umstellen zu Kampforganen, dann müssen sie eben innerhalb der Gewerkschaften ihre Funktionen ausüben. Die selbständige Räteorganisation will aber die Räte außerhalb der Gewerkschaften errichten, unter dem Vorbehalt, eine breitere Kampfbasis zu schaffen. Diese außerhalb stehende Organisation nimmt aber alles Mögliche als Mitglieder auf, so tritt der Fall ein, daß das Gros einer derartigen Vollerfassung aus Unionisten, Christen, Nicht-Durchstößen und anderen lokalen Organisationen, zum Beispiel Industriearbeiterverband, Walzwerksarbeiterverband, Bergarbeiterunion usw. besteht. Durch diese gemischte Gesellschaft soll die Umstellung unserer „freigelegten“ Verbände erfolgen, von diesen sollen wir Anweisungen über unsere Verbandsschichtung empfangen? Kein vernünftiger Mensch kann das wollen. Wohl wurde zur Wahl der Betriebsräte von der selbständigen Räteorganisation die Parole ausgegeben: „Wählt revolutionäre Betriebsräte!“ Dadurch wurde aber gerade erreicht und durch die fortgesetzt ausgebreiteten Verdrängungen gegen die konterrevolutionären Vögel der Gewerkschaften und der Opportunisten im Deutschen Metallarbeiter-Verband bekräftigt, daß die Arbeiter in den Betrieben die Organisationszerstörer als die „Konterrevolutionären“ eben wählten. Die Erfahrungen reden eine deutliche Sprache, die allerdings von den Räteleuten nicht gehört werden will.

Die Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die sich auf der Stuttgarter Tagung auf den Boden des Räte-systems stellte, hat nach den Ansichten und Erfahrungen der Massen in der Rätefrage gearbeitet. Es sind die Vorarbeiten zur Schaffung der Industriearbeiterorganisationen geleistet worden, wenn sie zu keinem Ergebnis führten (siehe Kupfer-Schmiedeverband), ist es nicht die Schuld unserer leitenden Personen. Der Verband hat sich frei gemacht von der Arbeiterschaft, er hat sich Eingang verschafft in alle Organe, um alle Einrichtungen des Staates in den Dienst des Proletariats zu stellen. Die Betriebsräte sind zusammengefaßt, ihre Selbständigkeit in der Organisation gewahrt und die gesamte Macht des Verbandes hinter sie gestellt. Trotz dieser zielklaren Haltung, deren Wichtigkeit wir heute bekräftigen finden, wurde von bestimmter Seite ein niedriger Kampf gegen die Tätigkeit der Leitung unseres Verbandes geführt. Wenn auch diese fortgesetzt, jeder Grundlage entbehrenden Verdrängungen den Reiz der Neuheit verloren haben und die Vertreter langsam der Würdlichkeit anheimfallen, müssen doch einige Erscheinungen der Jetztzeit festgehalten werden.

In der „Freiheit“ Nr. 384 behauptet Rich. Müller in einem Artikel:

„Zunächst möchte ich feststellen, daß ich niemals die Räte über Partei und Gewerkschaften gestellt habe. Soweit mir bekannt, hat das auch keiner meiner Freunde getan. Wohl aber haben wir das Räte-system als ein überparteiliches Gebilde bezeichnet.“

Das kampflose Bemühen, den Bankrott dieses Systems zu verbergen, können wir verstehen, können aber an den wirklichen Tatsachen nicht achtlos vorbeigehen. Es ist notwendig, diese Differenzpunkte ins Gedächtnis zurückzurufen, da immer wieder versucht wird, feststehende Tatsachen einfach wegzuleugnen. Auf dem Verbandstag wurde von Kollege Müller eine Resolution vorgelegt, die folgenden entscheidenden Satz enthält:

„Das Proletariat Deutschlands hat sich Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. ... Infolge des immer näher rühenden Endkampfes können diese Organisationen allein nicht mehr genügen. Vielmehr muß über diesen Organisationen ein Räte-system gebildet werden, das, ohne zunächst die bestehenden Kampforganisationen zu beseitigen, alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Entämpfung des Sozialismus vereinigt.“ ...

Über das Wesen des Räte-systems gab damals eine von der Rätezentrale Berlin-Münchener herausgegebene Schrift Aufklärung, die die bezeichnende Überschrift „Material zum Aufbau der sozialistischen Rätevereinigung Deutschlands“ trug. Aus dieser Schrift ging unabweislich hervor, daß unter Räte-system eine Rätevereinigung zu verstehen war und der sich Partei und Gewerkschaft unterzuordnen hatte. Wer noch im Zweifel war über das Wesen dieser Rätevereinigung, brauchte nur die Aufnahmebedingungen für Mitglieder zu lesen. Kein Bajus war vorhanden, der bestimmte, daß die Mitglieder gewählte Räte sein müssen. Es hieß einfach: „Mitglied der Vereinigung können ohne Unterschied des Geschlechts alle über 18 Jahre alten Hand- und Kopfarbeiter werden, die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten und dadurch ihren Lebensunterhalt erwerben.“ Zeitung kostete es 50 J. bis 1 M. im Monat. Kein Wunder, wenn Adel diese Rätevereinigung mit Neid und Mißgunst (syndikalistisch) bezeichnete. Der Verbandstag war über die Pläne Müllers nicht im Zweifel und so wurde der oben zitierte Satz aus der Resolution gedruckt, somit diese über Partei und Gewerkschaft stehende Rätevereinigung abgelehnt. In dieser Sprache ändern auch Wortklaubereien über Räte und Räte-system nichts.

Wenn auf dem Haller Rätekongreß dieser unfruchtliche Satz angenommen und auf dem Leipziger Parteitag der U.S.P. weitergehende Beschlüsse gefaßt wurden, so ist zu beachten, daß diese Tagungen später als der Verbandstag stattgefunden haben. Demnach konnten auch die Beschlüsse dieser Tagungen die Entscheidungen auf unserem Verbandstag nicht mehr beeinflussen. Die Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist aber zur Einhaltung der Beschlüsse des Verbandstages verpflichtet.

Beachten wir nun die Räte-wirren in den Reihen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, so beginnen sie sich jetzt zu klären. Die selbständige Räteorganisation, die in Wirklichkeit eine Vereinigung aller Möglichen ist, kann als überwunden gelten. Vollbeamtigt wird die Haltung unserer Verbandsleitung durch die Ausprägungen Einseitigkeit, während in der Praxis wir schon immer in dieser Frage mit den Kommunisten konform gingen. Diese, sich auch bei den Kollegen durchdringende Erkenntnis wird den Streit um die Räte im Verband beenden. Die Räte werden im Metallarbeiter-Verband zusammengefaßt, ihre Selbständigkeit bleibt dadurch gewahrt und mit und durch den Verband werden sie zu praktischer positiver Arbeit kommen und im revolutionären Sinn wirken können.

Wohl schlugen die Erlebigen noch um sich, aber es sind die letzten Regungen, der Gang der Entwicklung hat sie überwunden.

Lehrlingslöhne in Tarifverträgen

Die Handwerkskammern bemühen sich im Schutze ihres Angebots, das Mindestlohnrecht der Gewerkschaften in der Gestaltung der Lehrlingsverhältnisse unwirksam zu machen; insbesondere berufen sie sich in Eingaben an die Schlichtungsanstalten und an die Bezirksämter auf eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Angelegenheit der Lithographen, Stein-drucker und verwandter Berufe, in welcher betriebe in diesem Tarifvertrag die Löhne der Lehrlinge nicht für rechtsverbindlich erklärt hat. Die Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Pforzheim hat, nachdem auch ihr ein solches Schreiben der Handwerkskammer in Karlsruhe zugefandt wurde, direkt an den Reichsarbeitsminister geschrieben und um Anweisung gebeten. Der Reichsarbeitsminister hat darauf der Verwaltungstelle Pforzheim die nachstehende Antwort erteilt, welche uns wichtig genug erscheint, in Gewerkschaftskreisen bekannt zu werden, um sie mit Erfolg gegenüber den Handwerkskammern usw. bei Streitfällen verwenden zu können. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„In der Anlage überende ich Abdruck der Entscheidung vom 23. 3. 1919, die zu den folgenden Bedingungen über meine Stellungnahme zur wünschigen Regelung der Lehrlingsfrage ansehender Anlaß hat. Die Sie demnach erfahren werden, handelt es sich hier um eine Einzelentscheidung, in der das Reichsarbeitsministerium aus Zweckmäßigkeitsgründen vorläufig davon abgesehen hat, die allgemeine Verbindlichkeit auf den die Lehrlingsfrage regelnden Paragraphen des Tarifvertrages auszudehnen. Das Reichsarbeitsministerium hält nach wie vor an seinem Standpunkt fest, daß die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für

Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht vom Gesetz besonderen Stellen übertragene Rechte hierdurch berührt werden. Tarifverträge, die Bestimmungen für Lehrlinge enthalten, sind auch neuerdings wiederholt von hier für allgemein verbindlich erklärt worden.“

Daraus geht glatt hervor, daß die Ansicht der Handwerkskammern, wonach der Reichsarbeitsminister auf dem Standpunkt stehe, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in der Lehrlingsfrage nichts hinzuzurechnen hätten, irrig ist und nicht der Tatsache entspricht.

Die Krise in der Automobilindustrie

Von H. Reitz (Berlin).

Die andauernde und täglich zunehmende Krise in der Automobilindustrie und des Automobilverkehrs macht es erforderlich, daß einmal die ganze Materie dieser Industriezweige im Zusammenhang in der Öffentlichkeit seitens der Gewerkschaften behandelt wird. Es ist deshalb notwendig, damit die organisierten Kollegen einen Einblick in diesen für die deutsche Volkswirtschaft so dringenden notwendigen und weitverbreiteten Organismus bekommen.

Die Automobilindustrie hat sich während des Krieges — in den Stand gesetzt durch ihre Kriegslieferungen — in ihrer Größe vervielfacht. Kleinerer Reparaturwerkstätten, die vor dem Kriege nicht daran dachten, über die Lieferung von Ersatzteilen hinauszugehen, haben die Fabrikation von Motorwagen übernommen, von den ganz neuen Fabriken, die beim Zusammenbruch des Krieges noch in den Anfängen standen, ganz zu schweigen. Das Aktienkapital der großen Fabriken hat sich um 300 bis 1000 v. H. gesteigert, so daß es nicht unendlich erscheint, daß dieser durch die Kriegslieferungen für vier große Räder eingestellte riesige Apparat bei Kriegsende unbedingt einen gewaltigen Rückschlag erleiden mußte. Dieser Rückschlag, der von einseitigen Arbeitervertretern schon im Jahre 1919 anlässlich einer Konferenz prophezeit wurde, konnte nur dadurch künstlich zurückgehalten werden, daß durch den unvorhergesehenen gewaltigen Sturz unserer Wäute und das „Loch im Westen“ die gesamte Produktion der Fabriken, die, nebenbei gesagt, noch keine dem Größenverhältnis der Fabriken entsprechende Höhe erreichten, zu ungeheuren Preisen im Ausland abgesetzt werden konnte. Dadurch war den Fabriken die Möglichkeit gegeben, durch eine die Volkswirtschaft lähmende Periode einer bestimmten Industrie Gewinne in den Schatz zu werfen. Nachdem aber dieses Frühjahr der Wendepunkt in der Wäutefrage einsetzte und sich der Wert der Wäute in vier Wochen, von seinem Tiefstand aus berechnet, wieder vervielfacht hatte, kam auch der zu erwartende Rückschlag in diesem Frühjahr aufrecht gehaltenen Gebäude der deutschen Automobilindustrie. Hinzu kommt noch, daß nun nach Verlauf eines Jahres die Umstellung der einzelnen Firmen von ihrer Produktion der Kriegslieferungen auf den Friedensbedarf beendet ist und sie nun in der Lage sind, heute jede Bestellung sofort zu erledigen.

Diese Krise nun abzuwenden, ist eine Arbeit, die nicht ganz so schmerzlos zu erledigen ist, als sich verschiedene Interessenten vorstellen, die in der letzten Zeit durch Prestigefragen oder andere öffentliche Vorgänge der Meinung Ausdruck gaben, daß bei einer völligen Freigabe des gesamten Automobilverkehrs und der Betriebsstoffe die Industrie wieder die völlige Beschäftigungsmöglichkeit erhalte. Gemäß, auch diese Maßnahme würde eine momentane Verbesserung der Krise bedeuten und muß mit allen Kräften herbeigeführt werden. Aber man täusche sich nicht nochmals darüber, daß der Tag und die Stunde bald kommen wird, in der die deutsche Automobilindustrie in das Chaos stürzt, wenn ihre Organisation so wie bisher weiterentwickelt, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit, in erster Linie das Interesse der Aktionäre als Richtschnur nehmend. Man gebe sich keiner Täuschung hin, solange die Automobilindustrie nicht in der Lage ist, ihre Erzeugnisse gewaltig zu verbilligen, kann von einem größeren Absatz keine Rede sein. Wie ist nun eine billige Produktion zu erreichen? Hierauf gibt es nur eine Antwort:

1. Zusammenlegung der Konstruktionen.
2. Normalisierung und Typisierung bis ins Kleinste.
3. Einrichtung von Zentralverkaufsstellen in den großen Städten Deutschlands und den Hauptstädten des Auslandes.
4. Umstellung der kleineren Fabriken in Ersatzteilfabriken (Kugellager, Kührer, Räder usw.).
5. Allmählicher Abbau der größten Werke auf dem Stand vor dem Kriege.

Nur wenn diese Maßnahmen sofort in Angriff genommen werden, wird es möglich sein, die Automobilindustrie vor ihrem Sturz in den Abgrund zu bewahren. Für uns als organisierte Arbeiter muß es aber Aufgabe sein, unsere Warnungstimme zu erheben und vor aller Öffentlichkeit die Schuld den Kreisen aufzuladen, die ohne Rücksicht auf die schwersten Folgen nur ihre rein kapitalistischen Interessen in den Vordergrund stellen.

„Christliche“ Gewerkschaften und Terrorismus

Wenn ein freigeorganisierter Arbeiter einen „Christlichen“ sieht, ansieht, so schreit die gesamte Zentrumspresse über Terror. So gemein, wie sich aber die christlichen Holzarbeiter im Sögemerk W. i. l. e. r. in A. m. b. e. r. g. einem schwerbeschädigten Kriegsinvaliden, der von der Fürsorgestelle dorthin zur Arbeit verwiesen wurde, gegenüber benehmen, das spottet jeder Beschreibung. In diesem Betrieb, einer Hochburg der Christen, kann sich ein freigeorganisierter Arbeiter nicht halten. Der Kriegsinvalid W. o. s. s. e., ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der dort arbeiten mußte, wurde schon in den ersten Tagen gezwungen, zu den Christen überzutreten. Durch seine Organisation aufmerksam gemacht, daß ihn niemand in eine Organisation zwingen kann, in die er nicht freiwillig eintreten will, hat er seinen Abtritt widerrufen. Nun begann die Schikane des Kollegen, der über 50 Prozent erwerbsbeschränkt, die schwere Arbeit in dem Sägewerk, Transport von Baumstämmen usw., nur mit alleräußerster Anstrengung notdürftig verrichten konnte. Bei dieser Arbeit wurde er keineswegs unterstützt, wenn die Arbeit für ihn zu schwer war, und die Betriebsleitung des Werkes hat ein günstiges Urteil über die Arbeitsleistung des Kollegen W. o. s. s. e. gesprochen.

Der schloffen Handlungsweise der „Christen“ hat ein Schwein in Menschengestalt die Krone aufgesetzt, dadurch, daß er auf den Arbeitsfeld des W., der mangels Kleiderkost frei in der Werkstatt aufbewahrt war, einen Haufen Menschenkot entleerte, den Stod des W. damit beschmierte und dann den Schutz wieder zusammengeklappt an seinen Platz legte. Doch damit nicht genug, hat dieses Schwein dann an die Stelle, an der W. sonst sein Mittagessen verzehrte, einen Haufen Kot gesetzt und mit einem Brett verdeckt. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Dem Minister D. o. w. a. l. d., der die jähren Erlasse über Terrorismus herausgibt, empfehlen wir, diese auch bei seinen Gewerkschaftskollegen, den „Christlichen“, in Anwendung zu bringen.

Ferner verlangen wir, daß die Fürsorgestellen den schwerbeschädigten Kriegsopfern Arbeitsplätze zuweist, wo sie ungestört arbeiten können und zu den jenseitigen Leiden über ihre verlorenen Arbeitskraft nicht noch den Schikanen und Schweißereien fanatischer Lumpen von Arbeitern preisgegeben sind. Die Firma eruchen wir, den Mann zu schützen. Wir eruchen ferner die staatlichen Fürsorgestellen, für eine angemessene Beschäftigung der schwerbeschädigten zu sorgen, die Arbeit auf einem Sägewerk oder einem Bau für sie jedoch recht ungeeignet.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, was es mit dem Terrorismus-gedanke der „Christlichen“ auf sich hat. Immer können wir beobachten, daß wenn diese schwarze Sippschaft in irgend einem Betrieb einmal das Übergewicht hat, sie eine Neze gegen freigeorganisierte Arbeiter inszeniert, die vergeblich ihres Gleichen sucht. Wir lassen uns im übrigen über das Terrorismusgeschrei, das nur den Zweck haben soll, sich in der Öffentlichkeit bemerkbar zu machen, nicht betreten, sondern bezeichnen die Christen nach wie vor als, was sie sind: als Betrüger an den Interessen der Arbeiterklasse.

Seien wir klar und deutlich

Die Gefahr der Gewerkschaftsspaltung

Von Tony Sender.

Schon seit langen Jahren ringt der revolutionär gestimmte Teil unserer Kollegen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung um die Überwindung der in den meisten Gewerkschaften resp. ihren Leitungen vorherrschenden reformistischen Auffassung über die Aufgaben und Kampfmethoden dieser wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats, streben sie nach der Befreiung der Massen selbst in den langen Friedensjahren durch die Trägheit der Massen selbst mit-erhaltenen Gewerkschaftsbürokratie, die sich immer mehr auf eine ge-
sunde Entwicklung, quasi auf ein „langsameres Hineinwachsen in den Sozialismus“ eingestellt hatte.

Der praktische Anfahrungsunterricht der furchtbaren Kriegs-folgen, die Rücksichtslosigkeit des sich bereichernden und von allen Regierungen unterstützten Unternehmertums kam der un-
erwartlichen Aufklärungswirkung unserer revolutionär gestimmten Kollegen zu Hilfe und es ist heute eine unbestrittene Tatsache, daß der Ma-
bilisierungsgang auch in den Gewerkschaften gewaltige Fortschritte gemacht hat. Unsere eigene Organisation ist das schlagendste Bei-
spiel dafür. Die Tatsachen bestätigen somit die Wichtigkeit unserer Methoden: Im engsten Zusammenwirken mit allen, auch den anders-
denkenden Kollegen und unter dem Einfluß der sich stets ver-
stärkenden sozialen Kämpfe die Geister der gewerkschaftlich organisierten Massen zu gewinnen und jedem Versuch einer Spaltung der Gewerkschaften,
von welcher Seite er auch kommen mag, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, weil dadurch auf der einen Seite durch Schwächung
der eigenen Kampfbildung das Unternehmertum gestärkt, auf der
anderen Seite aber gerade die revolutionären Massen von den andern,
getrennt und insolge dessen der Revolutionierungsprozess verhindert
würde. Soll aber der Schmerzweg der deutschen Revolution ver-
zögert werden, dann ist es unsere Pflicht, nicht nur einen Vortrupp,
sondern die breiten Massen selbst zu einheitlichem, ent-
schlossenem Kampfe willens zusammenzuschließen.

Diese auf dem Vertrauen in die Siegfest des revolutionären
Gedankens beruhende Taktik wird nunmehr bedroht. Und unsere
Pflicht muß es sein, im Interesse der Revolution rechtzeitig auf die
Gefahr in aller Offenheit hinzuweisen.

Auf dem 2. Kongreß der kommunistischen Internationale, auf
dem neben der deutschen R.P.D. auch die Delegierten der U.S.P.
vertreten waren, wurden einerseits Vorfälle über das Verhältnis der
Gewerkschaften und Mite aufgestellt, andererseits den Aufnahme in die
III. Internationale begehrenden Parteien eine Reihe von Bedingungen
gestellt, unter denen allein diese Aufnahme erfolgen kann.

Die Mehrzahl dieser Bedingungen hat bei dieser Betrachtung
auszuschließen; sie bilden lediglich den Gegenstand der Auseinander-
setzung in den politischen Parteien. Gingen müssen wir uns mit
den die Gewerkschaften angehenden Punkten 9 und 10 dieser Auf-
nahmebedingungen beschäftigen, sie in ihrer Wirkung prüfen und auf
die daraus entziehenden Konsequenzen heute bereits hinweisen.

Während im Punkt 9 der Aufnahmebedingungen die Bildung
kommunistischer, der kommunistischen Partei untergeordneter Zellen,
also eine organisierte Opposition verlangt wird, geht der § 10 auf
internationale Gebiete bereits einen Schritt weiter und fordert,
„einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer
„Internationale“ der gelben Gewerkschafts-
verbände zu führen, den Bruch mit der gelben Amster-
damer Internationale nachdrücklich zu propa-
gandieren und mit allen Mitteln die entstehende inter-
nationale Vereinigung der roten Gewerkschaften,
die sich der kommunistischen Internationale an-
geschlossen haben, zu unterstützen.“

Hier wird also auf internationalem Boden klar und unzwei-
deutig die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ver-
langt. Wir wollen hierbei die Bezeichnung unserer Gewerkschafts-
verbände als „gelbe“ Organisationen, die ein deutlicher Beweis des
Mangels an näherer Kenntnis der westeuropäischen Gewerkschafts-
bewegung und ihrer Kämpfe mit allen anderen gewerkschaftlichen
Organisationen ist, beiseite lassen, obwohl sehr genau zu beachten ist,
daß nicht etwa nur gewisse Gewerkschaftsbürokraten, sondern die
Gewerkschaftsverbände selbst als „gelb“ angesprochen
werden.

Doch was bedeutet die Spaltung der Gewerkschaftsinternationale
und wie kann sie durchgeführt werden? Hier kommt es darauf an,
die Dinge zu verdeutlichen. Es soll nicht etwa der Geist der
Amsterdamer Internationale bekämpft und dementsprechend auf die
Ernenennung des Büros eingewirkt werden, sondern die Amsterdamer
bekämpfenden Minderheiten sollen sich von Amsterdam trennen und
sich der neuen Moskauer Internationale anschließen. Wie aber kann
diese internationale Zentralisation geschaffen werden? Dazu ist es
notwendig, daß sich die kommunistischen Fraktionen in den Gewerks-
schaften in den einzelnen Ländern zusammenschließen und so neben
den bestehenden Gewerkschaftszentralen eine besondere Zentrale bilden.
Wer aber würde behaupten wollen, daß dies nicht bereits den Beginn
der Spaltung bedeuten würde? Wie man auch gewillt ist, systematisch
hierbei zu Werke zu gehen, beweist der Bericht in der „Freiheit“
(dem amtlichen russischen Organ), in dem mitgeteilt wird, daß das
neue Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale den
russischen Delegierten zum internationalen Metallarbeiterkongreß die
Weisung mitgegeben hatte, auf die Spaltung hinzuwirken und dies
durch folgenden Schlußsatz erhärtete:

„Auf dem internationalen Metallarbeiter-
kongreß muß man um jeden Preis, wenn auch nur
einen Teil der Verbände, vom gelben Amsterda-
m-Bund abspalten.“

Diese Folge ist auch ganz selbstverständlich; bekämpft man den
Internationalen Gewerkschaftsbund und will ihn spalten, so muß sich
diese Bekämpfung auch auf die internationale Zusammenfassung der
Verbandsverbände fortplanzen. Mit der gleichen eisernen Logik der
Tatsachen aber kann diese Spaltungsmethode nicht auf inter-
nationalen Boden beschränkt bleiben, sondern wird sich mit der nicht
durch leere Worte zu beschwändigenden naturnotwendigen Konsequenz
auch auf nationales Gebiet ausdehnen. Wie die äußere Politik eines
Landes in laufendem inneren Zusammenhang mit seiner inneren steht,
wie die nationale Spaltung der sozialistischen politischen Partei auch
zur Spaltung der politischen Internationale führen mußte — mit
der gleichen eisernen Konsequenz müßte sich die Spaltungstaktik auf
internationalem Gebiet auch auf das nationale Gebiet im Gewerks-
schaftsbereich übertragen. Dieser Logik der Dinge und dieser Kausal-
zusammenhänge kann sich die Gewerkschaftspolitik genau so wenig
entziehen wie die Staats- und Parteipolitik.

Und wenn Kollege Richard Müller in der „Freiheit“ gegen
diese Auffassung polemisiert und die Gefahr der Spaltung als einen
„Popanz“ beiseite schiebt, auf der anderen Seite aber die Notwendig-
keit der Abspaltung von der „gelben“ Amsterdamer Internationale
anerkennt, so bleibt unverändert, warum er als Delegierter auf dem
internationalen Metallarbeiterkongreß nicht bereits für diese seine
Auffassung eingetreten — obwohl das Manifest von Moskau bereits
beant und vom Kollegen Stein (Wien) zur Sprache gebracht

worden war! —, sondern nach Zurückziehung seiner eigenen Reso-
lution für die Resolution der Kommission eingetreten ist, in der aus-
drücklich und mit Rücksicht auf das Moskauer Manifest die Aner-
kennung der Amsterdamer „gelben“ Internationale und ihrer Be-
schlüsse enthalten war! Erklären doch die Moskauer mit Recht, daß
sie sich mit einer platonischen Anerkennung ihrer Weisungen nicht
begnügen, sondern auch ihre praktische Durchführung verlangen!

Daß aber die Moskauer klug genug sind, selbst mit der Folge der
Spaltung auch auf nationalem Gebiet zu rechnen, beweisen ihre, im
übrigen außerordentlich widerspruchsvollen Leitfäden. Danach wird die
Schaffung besonderer Gewerkschaften nur bei außer-
gewöhnlichen Verwaltungsverhältnissen (Auflösung einzelner revo-
lutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen
Zentralen) gestattet, im 5. Absatz dann aber des Weiteren hinzugefügt:

„Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation
höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Ge-
werkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschafts-
organisation zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung
gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre
Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Ver-
such, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu
machen, mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten
ausgebeulerten Teile des Proletariats.“

Domit wird grundsätzlich die Spaltung anerkannt, nur ihre
Opportunität von den gegebenen Umständen abhängig gemacht.

Schließlich aber wird noch die Unterjüngung der neben den
Gewerkschaften bestehenden Verbände mit revolutionären Tendenzen
zur Pflicht gemacht, allerdings mit dem Hinweis, daß damit nicht
der Austritt aus den „opportunistischen“ Gewerkschaften verbunden
sein dürfte Welche Organisation in der Welt aber könnte dulden,
daß ihre eigenen Mitgliebereine sie selbst bekämpfende Nachbarorgani-
sation tatkräftig unterstützen, ohne daß sie selbst der Zerstückung und

Die sozialen Machtfaktoren,

die die Macht einer Klasse bestimmen, sind vornehmlich:
erstens die Zahl der Klassenangehörigen; zweitens die
Art, Stärke, Leistungsfähigkeit ihrer Organisation;
drittens ihre Stellung im Produktions- und Verteilungs-
prozess, die die wirtschaftlichen Machtmittel bestimmt,
über die sie verfügt; viertens die Stärke ihres politischen
Interesses, ihrer Beweglichkeit, Aktivität, Opferfähigkeit;
fünftens die Höhe ihrer Bildung, der Grad ihrer Fähig-
keit, ihre eigenen Klassenangehörigen und andere Klassen
mit geistigen Mitteln zu beeinflussen, die Anziehungskraft
ihrer Ideologie. Die Mittel der materiellen Gewalt,
über die eine Klasse verfügt, sind die Masse der wehr-
fähigen Arme, über die sie kommandiert, die Masse und
die Vollkommenheit der Waffen, mit denen sie diese
Arme ausrüsten kann, die Güte der Führung und Organi-
sation, die sie ihrer bewaffneten Macht zu geben fähig ist.
Otto Bauer: „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“ S. 109.

dem Zerfall anheimfiele? Am wenigsten würden sich dies die Ge-
nossen von der Moskauer Exekutive in ihrer eigenen Partei gefallen
lassen, die doch strengste militärische Disziplin für ihre Organisation
beanspruchen!

Man wende hier nicht ein, daß zunächst nur Amerika als Bei-
spiel erwähnt sei, der aufgestellte Grundsatz kann nicht
beschränkt werden, und wenn auch zunächst die Deutsche Ar-
beiterunion (aufgebaut nach dem Muster der amerikanischen) noch nicht
zur Unterstützung empfohlen ist, so hängt es nur von der Oppor-
tunität oder eventuell dem zeitweiligen Erstarken der Arbeiterunionen
oder ähnlicher Sonderorganisationen ab, daß der Grundsatz laut An-
ordnung der Moskauer Exekutive auch auf sie anzuwenden ist, und
da die Beschlüsse der Moskauer Exekutive absolut bindend sind, hätten
sich die ihr Angehörigen dem zu fügen.

Daß aber die Übertragung der Spaltung von dem internati-
onalen auf nationalen Boden nicht etwa nur eine Erfindung ist, be-
weist das Bestehen einer Minderheitsorganisation in Frankreich,
deren „Führer“ und Mitglied des neuen „roten“ Gewerkschafts-
ausschusses, Rosmer, ein Professor des Englischen, weder gewerkschaftlich
organisiert, noch organisierbar und bisher nur als Mit-
arbeiter einer anarchistischen Gruppe bekannt. So wurde auch bereits
auf dem Kongreß der französischen Textilarbeiter der Austritt aus der
Amsterdamer Internationale mit 5264 gegen 377 Mandate und vom
Kongreß der französischen Eisenbahner mit 294 gegen 180 Mandate
abgelehnt. Auch der nächste französische Gewerkschaftskongreß von
Orléans wird sich mit der Angelegenheit befassen.

Charakteristisch ist jedoch, daß dieser Ullas gegen die „gelbe“
Amsterdamer Internationale just in dem Moment losgelassen wird,
da überall und ganz speziell in Deutschland und in England eine
starke Rehabilitierung der Gewerkschaftsmassen eingetreten ist, die sich
naturgemäß auch in die Spitzen fortsetzte; just in dem Moment,
da die fortschreitend sich verschärfende Kämpfe auch die Amsterdamer
vorwärts trieb und sie als die einzige, durch ihre Ge-
schlossenheit und ihre Erfassung nahezu aller
proletarischen organisierten Massen tatkräftige Inter-
nationale dazu setzten, sich von einer losen beruflichen Zusammen-
fassung zu einer wirklichen „Internationalen der Tat“ fortzuwickeln,
indem sie erstens den Vorkott über Sortier- und Kriegsgüter verhängte,
zweitens jede Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgüter
für die Feinde Sowjetrusslands und deren Transport untersagte.
An den Arbeitern der verschiedenen Länder liegt es, diese Auf-
forderungen pfllichtgemäß und tatkräftig zur Durchführung zu bringen.
Ganz bescheiden aber möchten wir die Frage aufwerfen: Ist dies
Handeln der Amsterdamer das Handeln von „Gelben“?

Sie aber soll nach dem Moskauer Beschlüssen zerstört werden.
Das könnte nichts anderes als eine erneute Schwächung der inter-
nationalen Arbeiterbewegung bedeuten. Und darum dürfen
wir diese Spaltung im Interesse der Weltrevolution keinesfalls zu-
lassen. Als Marxisten gehen wir vielmehr aus von der Erkennt-
nis, daß unter dem Druck der fortschreitenden Verschärfung der
sozialen Gegensätze das Klassenbewußtsein und die revolutionäre
Tatkräftigkeit gestärkt und im wachsenden Tempo die Revolutionierung
von unten nach oben durchgeführt wird. Eine Verletzung des revo-
lutionären Vortrups aber würde auf nationalem wie auf inter-
nationalem Gebiet nur eine Demütigung für den im Gang befindlichen
Revolutionierungsprozess bedeuten, die Schlagkraft lähmen, und
darum lehnen wir sie, ganz entschieden ab. Nicht
Spaltung, sondern Zusammenführung auf revo-
lutionärem Kampfboden sei unsere Forderung.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte

Von Ludwig Schöbmer (Sternberg, Westfalen).

Sart tobt der Kampf um die Zusammenfassung der Betriebsräte
und man muß die Befürchtung hegen, daß die Form des Kampfes
den Kern der Zersplitterung der Arbeiterbewegung in sich trägt. Es
kann nicht angeden, daß man von seiten der Betriebsräte jilt-
schweigend diesen Prozess aussetzt, ohne selbst Stellung dazu zu
nehmen. Denn letzten Endes sind es doch die Betriebsräte, welche die
Theorie der einzelnen Richtungen in die Praxis umsetzen müssen.
Ich will nicht von einer Diktatur einer Fraktion sprechen, welche
ihre Meinung den Massen aufzwingen will, denn die verschiedensten
Richtungen versuchen durch mehr oder weniger geschickt einberufenen
Mätkongresse, ihre Auffassung von der Zusammenfassung der Be-
triebsräte den Massen schmackhaft zu machen. Man kann es verstehen,
daß die Betriebsräte, welche gewillt sind, die soziale Revolution vor-
wärts zu treiben, jetzt mit der Richtung Braß und Berlin-Münz-
straße sympathisieren, weil man von dieser Richtung das Problem
gelöst zu haben glaubt, was jahrzehntlang gepöbelnd worden ist:
Proletarier aller Länder, vereinigt euch. Oder mit anderen Worten,
man glaubt jetzt, durch die allgemeine Betriebsräteorganisation eine
Organisation zu schaffen, womit wir in der Lage sind, die gesamte
deutsche Arbeiterbewegung unter einen Hut bringen zu können. Welch
wunderbar großer Gedanke und man muß tief Atem schöpfen, daß
es endlich gelungen sein soll, die Einigung des Proletariats zu voll-
ziehen. Endlich, endlich soll der Moment gekommen sein, wo dieses
große Werk vollzogen werden kann, ja noch mehr, nicht allein die
sozialistischen Arbeiter, sondern alle, alle, sämtliche Proletarier,
Christen, Hirche und Gelbe, alle sollen in dieser allgemeinen Betriebs-
räteorganisation die Einheit des Proletariats darstellen, der geeinten
Front des Kapitalismus gegenüber. Man kann es verstehen, wenn die
Betriebsräte, welche es ernst meinen mit der Weiterführung der
sozialen Revolution, die Männer von der Werkbank mit der schwie-
rigen Faust, mit Säunen und Sympathie dieser göttlichen Offen-
barung lauschen. Die Freude in dieser Reihen ist im ersten Moment
groß, dieses schwierige große Problem gelöst zu sehen: Einigkeit
des Proletariats.

Ich sagte extra, „im ersten Moment“, denn auch ich kann für
mich in Anspruch nehmen, in meiner politischen Überzeugung nicht
auf dem rechten Flügel zu stehen, vielleicht setze ich mit meiner
politischen Überzeugung genau so links wie der Genosse Braß (Mem-
scheid), denn nicht noch ein Stück mehr. Ich sagte vorher schon, die
Freude im ersten Moment war groß über diese wunderbare göttliche
Theorie. Wie aber sieht die rauhe Wirklichkeit aus? Ich kann es
nicht lassen, daß Menschen mit sonst ganz vernünftiger Anschauung so
welskeme Theoretiker sein können, um solch einer Utopie nach-
zugehen. Man will mit Christen, Hirchen und sonstigen Nachbarbeiter-
organisationen soziale Revolution machen, den Sozialismus ver-
wirklichen. Eine Utopie. Stelle man doch die beiden Welt-
anschauungen Sozialismus und christliche Weltan-
schauung gegenüber, weiter: Synkretismus, diese Begriffe sind
so diametral, daß sie sich wie Feuer und Wasser gegenübersehen.
Und wenn man daran denkt, mit diesen sich so abtrifft gegenüber-
stehenden Weltanschauungen den Sozialismus zu verwirklichen, so
muß einem unwillkürlich ein Wächeln kommen. Ich sage nochmals,
so wunderbar der Gedanke vom idealen Standpunkt aus ist, die
Einigkeit des Proletariats gelöst zu haben, so unüberwindlich ist
der Gedanke in der Praxis. Ich möchte die Behauptung aufstellen,
wenn wir nach den Richtlinien Braß und Münzstraße-Werkbank ver-
fahren würden, uns Christen, Hirche usw. dauernd ein Gemisch
sein würden in Erlebigung unserer großen Fragen im Interesse der
Allgemeinheit (Kontrolle der Produktion). Geht dem Fall, wie
würden innerhalb einer allgemeinen Betriebsräteorganisation die
besten und schönsten Beschlüsse fallen, denen die sonst anders als
freigewerkschaftlich oder revolutionär organisierten Betriebsräte mit
geringer Obstruktion zugestimmt haben, zur Durchführung bringen
wollen, so würde zu verzeichnen sein, daß selbige Betriebsräte,
Christen, Hirche usw., beim ersten Sturm auf der Straße bleiben
würden, weil es ihre Beamten ihrer betreffenden Organisation ver-
standen haben würden, ihre Schäftein vorher schon wieder im Gegen-
satz zu den gefassten Beschlüssen zu bringen.

Denn darüber müßte doch Klarheit bestehen, daß es speziell die
christlichen Demagogen nie zugeben werden, daß ihre Schäftein in
Christo gegen ihre christliche Weltanschauung verstoßen, und sie werden
es verstehen, durch klug eingestellte Taktik ihre Mitglieder in gegen-
tägliche Meinung zu setzen mit den Beschlüssen der allgemeinen Be-
triebsräteorganisation. Und wenn dann Braß und Münzstraße auf
dem Standpunkt stehen, aus diesen Machenschaften heraus Material
in die Hände gespielt zu bekommen, womit sie vor die Mitglieder
der betreffenden Organisationen hintreten könnten und sie von der
Gefährlichkeit ihrer Organisationen im Interesse des Gesamtprole-
tariats zu überzeugen, so muß man auch hier wieder sagen: verstellte
Arbeit, denn in ihren Mitgliederversammlungen werden es diese
Mitarbeitervertreter verstehen, in demagogischer Weise vor ihrer Ver-
brecherkunst Gebrauch zu machen und ihre Mitglieder einzuwickeln
und sich selbst mit einem Glorienschein zu umgeben.

Ich gebe zu, daß auch an den Richtlinien des A.D.G.B. vieles
notwendig ist, umzugestalten, aber treffend erklärte der Bezirks-
arbeitssekretär Mayer (Düsseldorf) auf dem Betriebsrätekongreß im
Essen von Rheinland, Westfalen, Lippe und Detmold: Die Rich-
linien des A.D.G.B. sind Richtlinien und kein Statut, sie sind auf-
gestellt, um den Betriebsrätern eine Richtschnur zu sein. Möge jede
Ortsgruppe sich dessen bewußt werden und endlich zum Handeln
kommen, um wenigstens in der Zusammenfassung der Betriebsräte
praktische Arbeit zu leisten, denn aus dem ganzen Kongreß und
Konferenz habe ich das Fazit ziehen müssen, daß man allerorts
viel um die Zusammenfassung diskutiert, aber an eine Zusammen-
fassung möglichst wenig heranzutreten ist.

Doch muß ich noch auf einen Artikel aus der Nummer 33 der
Metallarbeiter-Zeitung zurückkommen über die Zusammenfassung der
Betriebsräte, gezeichnet mit W-I, welcher, ich wollte wohl sagen,
auch nicht gerade dazu angetan ist, die Einigung des Proletariats
zu erstreben und die gegenteiligen Meinungen zu klären, die nun
einmal leider so scharfe Formen angenommen haben. Man schreibt
dort: „Schreiber dieses konnte sich des Eintrucks nicht erwehren,
daß die Vorkämpfer für die selbständige Betriebsräteorganisation
um ihren eigenen Brotkorb kämpfen. In Berlin sollen in der Zen-
trale ein Dutzend Leute auf Anstellung harren und dies muß finanziert
werden. Vielleicht lassen sich auch noch gewisse Leute in Rheinland
und Westfalen von dieser Gefühlsleiter.“ Ich bin der Ansicht,
in dieser Zeit nicht mit diesen Kampfmitteln zu streiten, denn auf
diese Art schaffen wir die Gegensätze, welche nun einmal bestehen,
nicht hinweg. Lieber an die praktische Durchführung der Zusammen-
fassung herangehen, als nun noch monatelang über die Richtlinien
streiten, denn letzten Endes spielen die örtlichen Verhältnisse auch
immer eine Rolle bei der Zusammenfassung. Gerade hier bei uns
im Industriegebiet ist die Zeit der Gewerkschaftsbewegung eine
dringende Notwendigkeit, soll nicht die Zersplitterung in der Gewerks-
schaftsbewegung auch noch plagieren. Man ist sonst beschränkt,
daß das mühsam aufgebaute Gebilde der Organisationen in Trümmer
zerfällt, zum Schaden der Arbeiterbewegung und zum Nutzen des Kapitals.
Im übrigen gehe ich mit dem Schlußsatz des W-I konform,
wenn er schreibt: man sollte lieber dazu übergehen, in dem einzelnen
Orten die Bewegung zur Gelungung zu bringen, dann würde man
eine Tat vollbringen, die das Schwere des Gedankens wert ist. Nur
zum Schluß kann ich es nicht unterlassen, die Betriebsräte Deutsch-
lands aufzufordern, welche es ernst meinen mit ihrer Aufgabe zur
Fortführung der sozialen Revolution: Nehmt die Zusammen-
fassung der Betriebsräte vor nach den Richtlinien des
deutschen Metallarbeiter-Verbandes und geht
konform mit den Richtlinien des A.D.G.B., welche ja
kein Statut, kein Dogma für euch bilden sollen;
sorgt für Belebung und Aufklärung der Betriebs-
räte, damit sie den kommenden Aufgaben gewach-
sen sind! Große Probleme stehen uns zur Lösung bevor und dazu
gehört Mühen und Wachen im Werk.“

Lohnarbeit und Kapitaleinkommen

Von Sach.

Die Erörterung der heutigen wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen nimmt den Zeitungen fast jede Möglichkeit, wissenschaftliche Betrachtungen über das innere ökonomische Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter im bestehenden Wirtschaftssystem anzustellen. Aufklärung zu geben ist aber um so notwendiger, als durch die Revolution eine große Schaar Arbeiter sich dem Sozialismus zugewendet hat, die der Schulung im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus dringend bedürfen.

Die Bezeichnung dieser Abhandlung, ist aus Kautskys Buch: „Karl Marx' ökonomische Lehren“ entnommen. Bevor wir nun zu unserem eigentlichen Thema übergehen, wird es erforderlich sein, zum besseren Verständnis einleitend noch einige abweichende Bemerkungen zu machen. Da ist zuerst die Frage aufzuwerfen: Was ist der Wert einer Ware? Wie kommt es, daß sich ein bestimmtes Quantum Waren mit einem bestimmten Quantum anderer Waren austauschen läßt? Vom Austausch mit Geld ist hier, um die Sache möglichst einfach zu gestalten, abgesehen. Sind, um bei dem Beispiel in Marx' „Kapital“ zu bleiben, 20 Ellen Leinwand mit einem Maß austauschbar, so besagt dieses offenbar, daß beiden Waren etwas innewohnt, was gleich ist, was ihren Wert gleichsetzt. Waren sie nicht gleich, würde man sie nicht gegeneinander austauschen können. Die natürlichen oder Gebrauchseigenschaften der Waren sind logischerweise nicht konform und kann deshalb ihre Bewertung hiernach nicht erfolgen, sondern, da jeder Austausch an sich schon einen gesellschaftlichen Akt darstellt, muß in verschiedenen Waren mit denselben Werten irgend eine gleiche gesellschaftliche Substanz vorhanden sein. Dies gesellschaftlich Gemeinsame, was alle Waren umfaßt, ist allgemeine menschliche Arbeit, oder, da schließlich menschliche Arbeit nur durch das Zeitmaß vergleichbar ist, die in ihnen verkörperte Arbeitszeit. Also ist der Wert einer Ware die Arbeitszeit, die zu ihrer Herstellung notwendig war; verkörpert sie dasselbe Maß Arbeit wie eine andere Ware, ist ihr Wert gleich, beide sind also gegeneinander austauschbar. Man könnte hier nun sagen, nach dem oben Entwickelten wäre die Ware des faulsten Arbeiters am wertvollsten, weil dieser ja die meiste Arbeitszeit bei ihrer Herstellung beansprucht. Natürlich ist dies ein Widerspruch; wertbestimmend kommt nur die im Produktionsprozeß durchschnittlich notwendige Arbeitszeit in Frage.

In unserer heutigen Welt erscheint nun der Arbeiter als ständiger Verkäufer einer, wenn auch eigentümlichen Ware, deren Wert genau so wie der jeder anderen bestimmt wird: seine Arbeitskraft. Der Kapitalist kauft diese Ware mithin zu dem Wert, der zu ihrer Erzeugung oder Wiederverzeugung notwendig ist. Ja, er bezahlt ihm, da der Arbeiter für die Kapitalistenklasse aber weiter Arbeitskraft benötigt, noch die Summe, die zur Erhaltung der Familie des Arbeiters erforderlich ist. Bezahlt der Kapitalist also dem Arbeiter den Betrag, den dieser zur Erhaltung und Erneuerung seiner Arbeitskraft wie Erhaltung seiner Familie benötigt, so bezahlt er den vollen Wert der Arbeitskraft. Klingt es aber nicht paradox, zu sagen, der Arbeiter erhält vom Kapitalisten den vollen Wert seiner Arbeitskraft? Weis doch ein jeder, daß der Kapitalist in der Form des Mehrwertes einen netten Verdienst erzielt. Sehen wir uns deshalb die Sache einmal genauer an. Beim Verkauf seiner Arbeitskraft mußte der Arbeiter, um bei den heutigen Verhältnissen zu bleiben, 8 Stunden täglich arbeiten, wofür er angenommen 40 M erhält. Nehmen diese 40 M aus, den Arbeiter, seine Arbeitskraft und seine Familie zu erhalten, so besagt dies schon, daß ihn der Unternehmer den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt. Es ist uns bereits bekannt, daß die zur Erzeugung einer Ware notwendige Arbeitszeit ihren Wert darstellt und dieses ist bei der Arbeitskraft ebenfalls der Fall. Wer nicht die Zeit, die man gebraucht, um 40 M zu verdienen, ist die zur Erzeugung der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit, sondern diejenige, die der Arbeiter in Anspruch nimmt, um Produkte von 40 M herzustellen. Vielleicht in den ersten vier Stunden des Tages erzeugt der Arbeiter schon Werte von 40 M, es werden ihm also auch die ersten vier Stunden des Arbeitstages vergütet. Und dieser halbe Arbeitstag nun, in dem dasjenige, was der Arbeiter zu seiner Erhaltung bedarf, erarbeitet wird, stellt den Wert oder die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit dar. Hiermit sind wir aber auch zu dem Punkte gekommen, aus dem wir zu erfahren in der Lage sind, wie der Kapitalist seinen Profit erhält. Wohl wird dem Arbeiter die zu seiner Erhaltung erforderliche Arbeitszeit (4 Stunden) bezahlt, darüber hinaus schafft er aber noch einmal so viel, also wiederum vier Stunden, denen ebenfalls Werte von 40 M entspringen, und diese eignet sich der Kapitalist an. Den Betrag der in dem letzten halben Arbeitstag erzeugten Produkte, wovon der Arbeiter nichts erhält, der nur dem Inhaber der Produktionsmittel zusteht, nennt Karl Marx den Mehrwert.

Nunmehr sei noch etwas über die einzelnen Formen des Lohnes gesagt. Vorweg muß darauf hingewiesen werden, daß Wert und Preis der Arbeit oder Arbeitskraft etwas ganz Verschiedenes sind. Wir setzen oben ihren Wert auf 40 M täglich, gleich demjenigen Betrag, den der Arbeiter zu seinem Leben gebraucht. Geht nun, der Kapitalist gibt ihm nur 35 M? Der Wert der Arbeitskraft, dasjenige, was der Produzentengewinn zu seiner Erhaltung bedarf, macht nach wie vor 40 M aus, der Lohn aber, den er bekommt, beträgt nur 35 M. Jeder weiß, daß der Arbeiter sich verpflichten muß, täglich eine bestimmte Zeit zu schaffen, heute zum Beispiel 8 Stunden. Für diese Zeit erhält er einen bestimmten Lohn, ergo ist diese Form des Lohnes Zeitlohn. Bei achtstündiger Arbeit 40 M Lohn — Wert und Preis der Arbeitskraft bedarf sich hier wieder bei einer Stunde 5 M Lohn. Der so genannte Preis der Arbeitskraft dient als Einheitsmaß für den Preis der Arbeit. (Marx, Kapital I.)

Nehmen wir an, der Arbeitstag würde auf zehn Stunden verlängert, bei dem gleichen Verdienst von 40 M. In diesem Falle fällt der Preis der Arbeitskraft auf 4 M. Steigt das tägliche Einkommen des Arbeiters hierbei gleichzeitig auf 50 M, so ist der Preis der Arbeit gleichgeblieben. Andererseits kann es vorkommen, daß der Lohn steigt und doch der Preis der Arbeit sinkt. Z. B. es würden dem Arbeiter nun jezt ab 45 M statt 40 M bezahlt, jedoch ebenfalls die Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden erhöht. Der Lohn wäre hier zwar gestiegen, der Preis der Arbeit hingegen gesunken; der Arbeitslohn nämlich von 5 M auf 4,50 M. Das wichtigste Mittel, den Preis der Arbeit zu reduzieren, stellt der Kapitalist überhaupt in der Arbeitszeitverlängerung. Er argumentiert: produziert auch der Arbeiter jezt 10 statt vorher 8 Stunden, so gebraucht er für seine Lebenshaltung in wesentlichen doch nicht mehr. Bezahlt erhält er jedoch nun, was zu seiner Erhaltung notwendig ist, und der Betrag, den die produktive Arbeitszeitverlängerung, um bei unserem obigen Zeit zu bleiben, aber nicht von 40 M auf 50 M, also um 10 M gestiegen ist, bekommt er höchstens 45 M. Durch eine Verlängerung der Schicht von 2 auf 3 Stunden wird der Arbeiter andererseits nicht weniger als vorher bekommen, deshalb können die Unternehmer einen merklichen Anstieg des Lohnes nicht vornehmen. Wir sehen also, Verlangung des Arbeitstages erhöht den Lohn, Verkürzung senkt ihn.

Neben dem Zeitlohn existiert noch als eine Hauptform der Vergütung der Arbeiter, welcher im Grunde genommen nur eine Reproduktion des ersten ist. Um dies zu zeigen, müssen wir wieder auf unser vorerwähntes Beispiel zurückgehen. In achtstündiger Arbeitszeit verfertigte ein Arbeiter bei 40 M Entgelt 20 Produkte, die durchschnittliche Leistung. Der Kapitalist kann nun ebenfalls sagen, ich zahle für das Produkt 2,50 M, ich für 16 Stück in einem Tag 40 M, was, wie ersichtlich, nur eine Umformung des Zeitlohnes ist. Dem Arbeiter nun ist freilich der Stundenlohn durch die Verlangung des Arbeitstages bestimmt; der Lohn für ein Produkt jedoch, wenn man weiß, daß der Stundenlohn entsprechend herabgesetzt wird, jedoch die Produktivität der Arbeit steigt. (Kautsky, Ökonomische Lehren.) Es ist eine allbekannte Tatsache, daß, wenn bei Arbeiter durch besondere Arbeitsintensität ufm. das Einkommen des Arbeiters über ein bestimmtes Maß steigt, von den Kapitalisten Abzüge gemacht werden, welche ein Finanzministerium über die Steuern unmöglich machen. Hieraus sehen wir, wie ähnlich Stück- und Zeitlohn einander sind,

gleichzeitig hingegen auch, welche Vorteile der erstere den Fabrikanten bietet. Der offensichtliche Zweck der Affordarbeit ist, bei geringerer Bezahlung ein möglichst großes Quantum Arbeit aus den Arbeitern herauszuschinden. Die Charakteristik dieser beiden Lohnformen könnte noch weiter ausgedehnt werden, was jedoch über den Rahmen dieser Abhandlung ginge.

Zum Schluß wollen wir noch den Soziologen Müller-Lyer (sein Sozialist) die allgemeine Lage der Arbeiter im kapitalistischen System schildern lassen, der treffend sagt: „Die Rücksichtnahme auf die Gesundheit und das Leben der Arbeiter war nach der Aushebung der Sklaverei nicht mehr notwendig. Da der Lohnarbeiter nicht gekauft wird (wie der Sklave, S.), so kann er ohne Verlust mit einer einfachen Handbewegung jeden Augenblick weggeführt werden und steht sich dann mit seiner Familie dem Hunger und dem Elend preisgegeben. Aus dem freien Proletariat, dessen Existenz auf dem Spiele steht, läßt sich deshalb eine viel intensiver Arbeit herauspressen als aus dem Sklaven, der nur die Peitsche zu fürchten hat.“ (Phasen der Kultur, II. Aufl., S. 297.) Dieses Elend und diese Zustände zu beseitigen, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Der wissenschaftliche Beweis ist erbracht, daß eine höhere ökonomische Phase den Kapitalismus ablösen wird, zum Wohle der schaffenden Stände. Unverkümmert deshalb noch die Teilnahmslosigkeit vieler Arbeiter am Sozialismus, dessen hervorragende Vertreter diese Erkenntnis zutage gefördert haben. Einmal darf aber als sicher gelten, nicht eher werden andere Verhältnisse eintreten, bis noch größere Arbeitermassen als augenblicklich den unbedingten, nicht nur losen Willen zum Sozialismus haben und zur Erreichung des gesuchten Zieles bereit sind, zu streben und zu kämpfen. Und gerade auf den letzten Satz dürfen wir die wunderbaren Worte Lessings anwenden:

„Geh deinen unmerklichen Schritt, ewige Vorsehung! Nur laß mich dieser Unmerklichkeit wegen an dir nicht vergewöhnen. — Laß mich nicht an dir vergewöhnen, wenn selbst deine Schritte mir scheitern sollten, zurückzugehen. — Es ist nicht wahr, daß die kürzere Linie immer die gerade ist.“

Ein Reinfall der Gelben in Frankfurt a. M.

Wie die betäubten Bohrer, denen die Felle fortgeschwommen waren, zog der Obergelbe Kuppeler mit seinem Getreuen Kumpel und den Gebrüder Runzmann ab, nachdem das Schöffengericht in Frankfurt a. M. die Kollegen Kumpel und Janz, beide Mitglieder des Betriebsrats, freigesprochen hatte. Der Sachverhalt ist folgender:

Am 8. Dezember v. J. wurden drei Mitglieder des Deutschen Arbeiterbundes, Kumpel und die Gebrüder Runzmann, bei der Firma Rönus auf den Beschluß des Vertrauensmännerkörpers, der sich auf das Verlangen von elf Zweifeln der ganzen Belegschaft stützte, von ihrer Arbeitsstelle entfernt. Das Doppelspiel Kumpels, der Mitglied des Deutschen Arbeiterbundes und zu gleicher Zeit Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war, sowie das ungebührliche Benehmen der Gebrüder Runzmann ihren Kollegen gegenüber gaben zur Entfernung den Anlaß. Zwei Organisationen, die sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser; die eine, ein Zusammenschluß der Arbeiter, um ihre Interessen dem Unternehmer gegenüber zu wahren, die andere eine von den Unternehmern geförderte und finanzierte, in der die dort zusammengefügten Arbeiter die Aufgabe haben, gegen ihre Klaffgenossen zu kämpfen. Dieses Bild eines Keines Teils der Arbeiter gegen die Klassenbewußte Klasse genügt schon, um ehrlich denkende Arbeiter mit Abneigung vor diesen Ausarbeitern zu erfüllen. Jeder vorurteilslose Mensch, gleich welcher Schicht er angehört, wird es verstehen, wenn sich die Arbeiterschaft weigert, mit solchen Leuten zusammenzuarbeiten. Obwohl über die Werbereinigungsbewegung bei der Firma Rönus und den Fehler, der gegen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter Mitwirkung der damaligen Größen des Werbereins in der schärfsten Weise durch rückwärtslose Entlassung und Schwärzung zum Ausdruck kam, geschrieben worden ist, halten wir es für notwendig, kurz darauf hinzuweisen, um dem Leser ein richtiges Bild von den ganzen Vorgängen zu geben.

Der frühere Werberein und der heutige Deutsche Arbeiterbund unterscheiden sich durch nichts die Umstände geschah aus denselben Motiven, wie sie die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien zur Verhinderung des Volkes vorgenommen haben. Die Gründung der Werbereine geschah auf Anregung der Unternehmer. Die Behauptung, daß sie dieselben finanzierten, stützt sich auf die Vorversammlung, in der den hiesigen Werbereinen 25 000 M von den Unternehmern bewilligt wurden. Nach Anstellung des Sekretärs Geißler sollten die Werbereine auf eigene Füße stehen. Geißler tat damals den klaffenden Ausbruch: „Die Sache muß sehr diskret behandelt werden, sonst sind wir bei den Frankfurter Arbeitern fertig.“

Nachdem nun die drei Leute aus dem Betriebe entfernt waren, wurde von Seiten der Zeitung des Deutschen Arbeiterbundes Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um sich an dem Arbeiterauschuss, speziell an dem Obmann Kölsch, zu rächen. Die unwürdigen Schandereien des Falles wurden in der Öffentlichkeit publiziert und der Fehler, den sie früher mit Hilfe der Unternehmer anwandten, wurde verschwiegen. Schlichtungsausschuss und Staatsanwalt wurden angerufen. Bei dem Schlichtungsausschuss fanden auch schon zwei Verhandlungen statt. Die letzte endete mit dem Spruch, daß innerhalb drei Wochen der vierte Teil der Arbeiterschaft oder die Direktion einen Antrag auf Anstufung des Betriebsrats stellen muß, andernfalls die Sache abgewiesen ist.

Am vergangenen Samstag war nun eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht gegen die drei Mitglieder Kölsch und Janz des früheren Ausschusses wegen Klüftung angehängt. Ein großer Zeugenapparat von beiden Seiten wurde aufgestellt; drehte es sich doch nicht um Personen, sondern um zwei Klüftungen. Auf der einen Seite die jahrelang unterdrückte und ausgebeutete Arbeiterschaft, die nun des Klüftungs- und Kontrollrecht im Produktionsprozeß rangt, auf der anderen Seite die Unternehmer, die mit Hülfe und Klauen ihre Privilegien verteidigen in der Gewißheit, daß der Deutsche Arbeiterbund für sie eine wesentliche Stütze in diesem Kampf bedeutet. Sie befinden sich im Irrtum, wenn sie glauben, durch ein drakonisches Urteil oder die Befreiung einer einzelnen Person wären die Hindernisse, die sich dem Deutschen Arbeiterbund entgegenstellen, beseitigt. Die Arbeiterschaft wird nun und immer mehr tief in das Elend und den Hunger gedrückt, und auch wenn in diesem gigantischen Kampfe die beispiellose Klumpflecke des Unternehmern auf eine kurze Zeit günstig ist, damit wir sie sich abtoben. Die Verhandlung selbst war interessant und für unsere Betriebsräte ihre Lektüre umstellen müssen und sich — um nicht angeklagt und eventuell bestraft zu werden — den vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus verurteilten Klüftungen und Gewalttaten in den einzelnen Betrieben nicht mehr entgegenstellen dürfen. Sonst machen sie sich nach den Auslegungen des Staatsanwalts strafbar.

Nachdem alle gegen diese beiden Leute vorgebrachten Beweismittel in sich zusammengefallen waren, fragte sich der Staatsanwalt auf die eine Bedeutung des Obmannes Kölsch, der er sich bei der Entlassung des früheren Kumpel angehängt der hochbetagte mehr gehe fort, sonst muß ich jede Verantwortung abliehnen! Der Staatsanwalt sah dies als eine Drohung an, obwohl jeder Mensch, wie dies auch der Rechtsbeugung richtig anzusehen ist, das als eine Drohung ansehen würde, was das Schlußwort des Obmannes war, und beantragte drei Monate Gefängnis gegen Kölsch. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Nun noch wenige Worte zu den drei von der Arbeiterschaft entfernten Leuten. Dem Kumpel vor Gericht besonders klugend seine Leben als Arbeiterklub schilderte und sagt, er wäre nicht in der Lage, anderen Arbeit zu bekommen, so können wir ihm nur sagen, er hat sich sein Schicksal selbst geschaffen. Die Bräute war, nach der Revolution geschlagen, die Arbeiterschaft hat sich damit ab-

gefunden und war bereit, all das, was sie früher gegen unsere Leute verbrochen haben, zu vergessen. Gerade Obmann Kölsch, dem man gern zu ein paar Monaten Gefängnis verfallen hätte, hat sich besonders dafür eingesetzt und dafür schon manchen Wotwurf von seiner Kollegen eingestekt. Wenn man wirklich in ehlicher Absicht wieder in geordnete Arbeitsverhältnisse kommen will, so ist dies nicht der richtige Weg, der man eingeschlagen hat. Man solle sich Kampfen an die Seite derjenigen, die als Ziel geordnete Arbeitsverhältnisse für alle Menschen erstreben, die den Arbeiter vor den anglistischen Sorgen des Alters behüten wollen. Aber nicht an der Seite des Unternehmers kann dies geschehen, nur einzelne Leute haben davon einen Vorteil, sondern einzig und allein an der Seite der Klassenbewußten Arbeiter.

Eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses Zwickau betr. Feriengewährung

Die Firma Th. in Zwickau, eine dem Verband der Metallindustriellen nicht angehörende Firma, hatte sich dem seit Januar 1920 im Bezirk Zwickau geltenden Tarif in der Metallindustrie unterworfen, soweit die in ihrem Betrieb beschäftigten Metallarbeiter in Frage kommen. Am 13. 8. 1920 entließ die Firma die bei ihr beschäftigten Metallarbeiter wegen Einstellung des Betriebes infolge Arbeitsmangel, nachdem die Firma die vorhergehenden 3 Monate aus dem vorher gesagten Grunde die Kurzarbeitszeit eingeführt hatte. Bevor es zur Entlassung kam und bevor auch durch den Unternehmer die vorzunehmende Entlassung den Entlassenen angekündigt worden war, hatten die nunmehr Entlassenen Rücksprache gepflogen mit dem Unternehmer, neben anderen Dingen auch über die Einstellung der noch zu nehmenden Ferien. Die hier nicht genannten Dinge und das Ferienverlangen mögen bei dem Unternehmer den Entschluß zur Entlassung der von ihm beschäftigten Metallarbeiter gereift haben. Die Entlassung erfolgte, ohne daß die Entlassenen die Ferien angetreten hätten. Die Entlassenen beanspruchten nunmehr bei der Entlassung Bezahlung der ihnen zustehenden Ferientage. Der Unternehmer sagte Bezahlung zu, aber nur in Höhe der Kurzarbeitszeit. Die Entlassenen bestanden jedoch auf Bezahlung von vollen Werktagen, entsprechend dem Inhalt des Tarifes, nach dem als Ferientage Werktage gelten, unter Werktagen sei im Sinne des Tarifabschlusses der achtstündige Arbeitstag zu verstehen. Die Bezahlung vollen Werktagen als Ferientage lehnte der Unternehmer ab. Deshalb erfolgte die Anrufung des Schlichtungsausschusses, der nachstehenden Spruch fällt:

Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Zwickau vom 1. September 1920 in der Beschwerdesache des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Zwickau in Zwickau gegen die Firma Gebr. Th., Zwickau, wegen Regelung der Ferienbezahlung. 1. Es erscheint angemessen, daß die Arbeiter der beklagten Firma die Urlaubstage auch dann nach vollen Werktagen bezahlt erhalten, wenn zur Zeit der Ferienerteilung in dem Betrieb der Firma mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet worden ist. 2. Soweit die Arbeiter der beklagten Firma vor der Ferienerteilung aus dem Betrieb ausgeschieden sind, steht ihnen ein Anspruch auf Entschädigung für die Nichtgewährung der Ferien nicht zu. Es erscheint aber angemessen, daß diesen entlassenen Arbeitern für jeden Urlaubstag, der ihnen im Falle ihrer Weiterbeschäftigung zugestanden haben würde, eine Entschädigung in Höhe der Hälfte des vollen Werktagslohnes gewährt wird.

Gründe: Die Firma hat erklärt, daß sie zwar dem Verband der Metallindustriellen im Bezirk Zwickau nicht angehöre, sich aber dem für die Metallindustrie geltenden Tarifvertrag vom 29. Januar 1920 freiwillig unterworfen habe. In diesem Tarifvertrag ist bestimmt, daß Urlaub unter Fortzahlung des vereinbarten Stundenlohnes, mindestens des um 10 Prozent erhöhten Mindestlohnes allen Arbeitern und Arbeiterinnen im Alter von 18 Jahren gewährt werde, die jeweilig am 1. April ein Jahr bei der Firma ununterbrochen beschäftigt waren, und zwar bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr 3 Werktagen, jedoch steigend jedes Jahr um einen Werktag bis zu 8 Tagen einschließlich eines zu bezahlenden Sonntags. Bei Abschluß dieser tariflichen Regelung sind sich die Parteien ohne Zweifel darüber einig gewesen, daß die Feriengewährung und deren Bezahlung nach vollen Werktagen zu erfolgen habe. Wenn auch die Tarifvertragsparteien an den Fall der Feriengewährung während einer Arbeitsstreckung nicht gedacht haben, so läßt doch die Fassung des Tarifes eine andere Auslegung nicht zu, als die, daß den Arbeitern in jedem Falle während der Feriendauer volle Werktage zu bezahlen sind. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß die Feriengewährung eine Entschädigung für die Arbeiter sein soll und ihren Zweck nur erfüllen kann, wenn eine entsprechende Bezahlung der Ferientage erfolgt, die aber nur mit der Gewährung des für den vollen achtstündigen Werktag in Frage kommenden Lohnes geschehen kann.

2. Unter „Urlaub“ ist eine Erholung von der Arbeit zu verstehen. Ein Urlaub und die damit verbundene Befreiung von der Arbeitsleistung kann nur während der Beschäftigungszeit erbeten werden. Aus den Bestimmungen des Tarifvertrages kann nicht hergeleitet werden, daß die Firma von sich aus den Arbeiter zur Entnahme des ihm zustehenden Urlaubs zu veranlassen habe. Es ist im Gegenteil auch ein freiwilliger Verzicht auf Ferien vorgekommen. Eine Entschädigungspflicht der Firma für die nicht entnommenen Ferien könnte hiernach nur in Frage kommen, wenn die Firma den Arbeitern gegenüber die Gewährung des Urlaubs verweigert hätte. Dies ist jedoch auch nach den Ausführungen des Verwalters der Beschwerdeführenden nicht der Fall. Da somit eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigung nicht vorliegt, so war zu prüfen, ob etwa aus Billigkeitsgründen der Firma die Zahlung einer Entschädigung aufgegeben werden konnte. Diese Frage war zu bejahen, um so mehr, als sich die Firma bereits freiwillig bereit erklärt hatte, den entlassenen Arbeitern eine Entschädigung in der im Schiedspruch festgesetzten Höhe zu zahlen.

Spruch und Begründung erfordern kritische Würdigung, weil insbesondere letzterer trotz seiner Grundfalschheit eine gewisse Rechtmäßigkeit, vor allen Dingen nach der Unternehmenseite, nicht verleugnet. Es liegt so aus, als wenn der Rechtssprechende es mit beiden Seiten nicht verderben wollte. Dem einen Teil sagt man: Du hast zwar Recht, und der von dir Beklagte hat dir volle Werktage zu bezahlen, das ist „angemessen“. Und dem anderen sagt man: Es tut mir leid, daß ich dem Kläger Rechnung tragen muß, weil er Recht hat. Aber damit du auch Recht bekommst, ist es „angemessen“, daß du nur die Ferientage nach der Kurzarbeitszeit bezahlst. Wenn Salomo kein Jude gewesen wäre und wenn Jude zu sein in gewissen Kreisen nicht wirkte, wie das Eingehen einer Resalliance, also gleichbedeutend sei mit dem Sinken in der Achtung der satzungsfähigen Kreise, würden wir die Entscheidung trotz ihrer Grundfalschheit im ersten Teil angemessen als salomonisch bezeichnen. Besondere Schönheiten enthält der zweite Teil der Begründung — vergleiche die Definition des Begriffes „Urlaub“ und daß er nur erbeten werden kann. Rechte werden doch nicht erbeten, sondern geben Anspruch. Rechte erbeten Anspruch und wenn man Rechte begehrt, können auch Billigkeitsgründe nur nebenständlicher Natur sein.

Anmerkung der Schriftleitung: Gegen den zweiten Teil des Schiedspruches muß mit aller Deutlichkeit protestiert werden. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat hier ein Musterstück einer Schandpolitik geliefert, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Wir erlauben die Kollegen allerorts, gegen derartige schandhafte Gesetzergebnisse vorzugehen. Urteile vor Schiedsgerichten können nicht nach dem bekannten Wort gefällt werden: Halb zog sie ihn, halb sanft er hin. Ein Entweder — Oder ist hier nur ein Plache. Wenn man im ersten Teil den Arbeitern Recht gibt und dies in der Begründung mit allerlei schönen Worten zu beweisen sucht, dann darf man dieses Recht im zweiten Teil nicht aufheben. Wirklich sonderbare Geister, die heute an den Schlichtungsausschüssen als Vorsitzende ihr Unwesen treiben.

Reichskonferenz der Schmiede

In Anwesenheit von 51 Delegierten und 14 Gästen (Vertreter aus verschiedenen Industriezentren des Reiches) fand am 7. und 8. August in Halle a. S. die Konferenz statt.

Die Tagesordnung umfaßte 2 Punkte:

- 1. Die gegenwärtige Wirtschaftslage und unsere Aufgaben in der Organisation.
2. Die Verhältnisse im Schmiedebetrieb und wie fördern wir unsere Berufsinteressen?

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Dismann. Er führt aus: Unsere Beratungen stehen im Zeichen einer schweren Wirtschaftskrise. Die Zahl der Arbeitslosen steigt täglich und Hunderttausende arbeiten verlornt.

Die gegenwärtigen Aufgaben erfordern den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in großen Industrieorganisationen. Der Metallarbeiter-Verband ist in dieser Frage gut vorwärts gekommen, nur die Kupferschmiede, Schiffbauern, Maschinisten und Heizer stehen noch abseits.

In der Debatte ergriff zunächst Kollege Lange (Hamburg), der frühere Vorsitzende des Schmiedeverbandes das Wort. Er führte an, daß die heutige Konferenz als weitere Tagung der letzten Generalversammlung der Schmiede betrachtet werden kann.

Von anderen Rednern wurde die Kampfweise der Unionisten gebandt und gefordert, gegen diese Leute vorzugehen. Die alten Kollegen, die seinerzeit nicht mit übertraten, da sie sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen konnten, müssen überzeugt werden, daß nur die Industrieorganisation dem Unternehmertum gegenüber machtvoll auftreten kann.

Im Schlußwort geht Kollege Dismann auf die Anregungen und Wünsche ein. Der Vorstand habe bei der heutigen Konferenz die einzelnen Sparten der Schmiede berücksichtigt. Die Delegierten müssen in dem einzelnen Orten über die Konferenz berichten.

Hierauf gelangen folgende Resolutionen zur Abstimmung: I. Die am 7. August 1920 in Halle a. S. tagende Reichskonferenz der Schmiede stimmt den Richtlinien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Zusammenfassung der Betriebsräte zu.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung hat Kollege Köhler (Berlin) das Referat über Verteilung des Akkorddienstes zwischen Feuerschmied (Schirmmeister) und Helfer über-

nommen. Köhler führte aus: Wie war es möglich, daß unsere Kollegen vor dem Kriege dieses ungerechte und unsoziale Verteilungssystem gebildet haben. Schuld war vor allem die organisierte Zersplitterung der Schmiede in zwei Verbänden.

Der Vorsitzende bemerkt, daß es wohl jetzt unmöglich sei, den Akkord ganz abzuschaffen, da unsere Kollegen denselben ja selbst wieder verlangt hätten. Er hält dieses System auch für besser, als wenn bei Stundenlohn immer einige Arbeiter dahinter stehen.

Ebert (Kassel) ist der Ansicht, daß sich eine solche Berechnung nicht so rasch und ohne weiteres herbeiführen läßt. Es müsse vielmehr eine Grundlage geschaffen werden, die eine einheitliche Preisregulierung der Schmiede Deutschlands bringt.

Neu (Mannheim) stimmt dem Antrag Dizezum nicht zu, er wünscht eine einheitliche Bezahlung der Helfer. Die Betriebsräte müssen darüber entscheiden, wer leichte und schwere Arbeiten leisten kann.

Sporer (Unterföhring) wünscht einem Altersunterschied. In Gotha seien Kolonnenarbeiter. Redner mahnt alle Delegierten, danach zu streben, daß eine gleichmäßige Verteilung zustande kommt.

Schneider (Danzig): Der Unterschied zwischen Helfer und Schirmmeister beträgt hier höchstens 30 %. Die Akkordverteilung sei die gleiche. Seine Ansicht deckt sich mit dem Berliner Antrag.

Köhler (Berlin) geht in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Widersprüche ein und ersucht nachmals um einstimmige Annahme der zu diesem Punkt gestellten Anträge.

- 1. Die Reichskonferenz der Schmiede möge beschließen: Die Verteilung des Akkorddienstes geschieht in folgender Weise:
a) Für den Schirmmeister, gleichgültig, ob es sich um Schirmmeister mit ein, zwei oder mehr Helfern handelt, werden von dem Gesamtarbeiterdienst pro Stunde bis höchstens 30 % abgezogen.
b) Bei Lohnarbeit erhält der Schirmmeister pro Stunde bis höchstens 30 % mehr.
c) Ein Unterschied nach dem Alter darf nicht gemacht werden.
d) In Orten, wo genügend arbeitslose Schmiede vorhanden sind, dürfen nur gelernte Schmiede eingestellt werden.
e) In Orten, wo infolge Mangel an Schmieden Ungelernte eingestellt werden, ist zunächst der Unterschied zwischen Schirmmeister und Helfer bis 50 % pro Stunde. Sobald die Leistung der des gelernten Schmiedes gleichkommt, wird der Unterschied auf höchstens 30 % festgelegt. Bei der Beurteilung der Leistung ist der Vertrauensmann oder Betriebsrat hinzuzuziehen.

2. Da bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen die Abschaffung der Akkordarbeit nicht möglich ist, so ist dafür im Reiche der Boden zu bereiten durch Vorträge, bei denen den Kollegen die Schädlichkeit des Systems auf die Gesundheit, insbesondere auf Augen, Nerven und Herz nachgewiesen wird.

Die Lage der Fuß- und Wagen schmiede behandelt Schmidt (Dresden). Die schlechten Verhältnisse erklärt er damit, daß es schwer ist, diesen Leuten überhaupt beizukommen, da meist nur ein oder zwei Mann in einem Meisterbetrieb beschäftigt sind.

Die Debatte ist auch über diese Fragen eine sehr umfangreiche. Mancher Kollege mußte wegen Mangel an Zeit seine Ausführungen auf das mindeste einschränken und zum Teil auch ganz darauf verzichten. Zur einstimmigen Annahme gelangen Anträge, deren erster besagt: (Der genaue Wortlaut wird in einem umfassenden Protokoll veröffentlicht.)

Die Debatte ist auch über diese Fragen eine sehr umfangreiche. Mancher Kollege mußte wegen Mangel an Zeit seine Ausführungen auf das mindeste einschränken und zum Teil auch ganz darauf verzichten. Zur einstimmigen Annahme gelangen Anträge, deren erster besagt: (Der genaue Wortlaut wird in einem umfassenden Protokoll veröffentlicht.)

Die Debatte ist auch über diese Fragen eine sehr umfangreiche. Mancher Kollege mußte wegen Mangel an Zeit seine Ausführungen auf das mindeste einschränken und zum Teil auch ganz darauf verzichten. Zur einstimmigen Annahme gelangen Anträge, deren erster besagt: (Der genaue Wortlaut wird in einem umfassenden Protokoll veröffentlicht.)

Die Berichte aus den Großbetrieben lassen erkennen, daß in der heißen Jahreszeit den Kollegen die Hitze unerträglich, die Arbeit zur Hölle wird. Deshalb beantragen wir, in Betrieben mit hoher Temperatur darf die Arbeitszeit im Sommer täglich nur 6 Stunden betragen, der Ausfall des Verdienstes muß entschädigt werden. Diese Forderung muß bei Abschluß der Tarife erhoben

und mit Fähigkeit vertreten werden. Außerdem soll der Antrag den Vertretern der Arbeiter im Parlament des Reiches übermittelt werden.

Ein Teil der Anträge, die sich mit dem Finanzwesen, Lehrlingszuchterei, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Tarifverträgen beschäftigen, werden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.

Zum letzten Punkt: Bildung einer Reichszentrale der Schmiede (desgleichen Bezirkszentralen) begründet Kollege Kudruff einen entsprechenden Antrag.

Kollege Dismann hebt die Stellung des Vorstandes zu dieser Frage hervor und ersucht die Konferenz, einen Kollegen zu bestimmen, welcher bis zur endgültigen Regelung als Vertreter der Schmiede zum Reichsbeirat gehen soll. In kürzester Zeit soll ebenfalls in allen Bezirken je ein Kollege gewählt werden zum Bezirksbeirat.

Diesem wird zugestimmt und einmütig wird folgende Entschließung angenommen:

- Zur zentralen Regelung aller Berufsfragen werden geschaffen:
a) Eine Reichszentrale der Schmiede,
b) Bezirkszentralen für alle Bezirke des D. R. G.

Die Reichszentrale befindet sich am Sitz des Hauptvorstandes. Letzterer trifft im Hauptbüro die notwendigen Einrichtungen, um eine laufende und enge Verbindung und Orientierung der Berufs-Kollegen im Lande zu ermöglichen.

Bei wichtigen Beratungen, die für die Gruppe der Schmiede in Frage kommen, sind für die einzelnen Bezirke oder bei zentralen Beratungen durch den Hauptvorstand Vertreter der Schmiede aus 3 bis 5 der in erster Linie in Frage kommenden Orte oder Bezirke mit heranzuziehen.

Einmütig angenommen. Als vorläufiges Reichsbeiratsmitglied wird Kollege Kudruff (Münster) gewählt. Köhler (Halle) schließt hierauf mit Dankworten die Konferenz.

Während der Tagung fand eine Besprechung der Senfenschmiede statt, an der vier Kollegen teilnahmen. Die Besprechung war notwendig, um einen Überblick über die Verhältnisse in der Senfenindustrie zu erhalten.

Aus den von den Kollegen erstatteten Situationsberichten geht hervor, daß die Konjunktur in der Senfenfabrikation gegenwärtig nicht ungünstig ist. Nachdem in den Kriegsjahren der Export fast vollständig ruhte, ist jetzt ein förmlicher Heißhunger im Ausland nach den Fabrikaten zu konstatieren. Lagerbestände sind nicht vorhanden.

In einzelnen Betrieben hat es den Anschein, als ob gegenwärtig die Bestellungen künstlich zurückgehalten würden. Obwohl die Produktionsweise eine fast gleichmäßige ist, bestehen doch hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse größere Gegensätzlichkeiten als in anderen Berufsgruppen.

Die Besprechung war als Vorbereitung weiter einzuleitender Schritte anzusehen. Die Konferenz wird im Mittelpunkt der Senfenindustrie in Rheinstadt oder Weiskirchen stattfinden. Nach Annahme eines Antrages, in dem die kritischen Punkte zusammengefaßt sind, war die Besprechung erledigt.

Am Tage vor der Schmiedekonferenz (6. August) tagte die Reichskonferenz der Kesselschmiede. 17 Delegierte und 4 Gäste waren anwesend.

Die Tagesordnung lautete: "Unsere Berufsinteressen und wie fördern wir dieselben."

Das Referat hielt Kollege Dismann. Einleitend behandelte er die gegenwärtigen Zeitverhältnisse, die Wirtschaftskrise, ihre Folgenwirkungen und die uns erwerbenden Aufgaben im Tageskampf. Darüber hinaus ist unter Bestehen der kapitalistische Produktionsweise in eine sozialistische umzuwandeln.

In den Betriebsräten habe die Arbeiterchaft die Einrichtung, um die Umgestaltung vorzubereiten und zu fördern. Doch nicht in einer besonderen Betriebsräteorganisation, sondern innerhalb und mit den Gewerkschaften sind diese Aufgaben zu erfüllen.

Die Diskussion war sehr ausgiebig und fand der Antrag Schiller (Zwickau) einstimmige Annahme.

Die Reichskonferenz beschließt, daß es im Interesse der Branche liegen muß, sämtliche Kollegen zu uns heranzuziehen nach dem Vorschlag Berlin. Die Kollegen im Reiche werden verpflichtet, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken.

Kollege Dismann erklärt, daß die zu schaffende Reichszentrale dem Hauptvorstand angegliedert sein muß. Es würden sonst dem Hauptvorstand die Fäden aus der Hand genommen. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme:

Die Reichskonferenz beschließt: Zur zentralen Regelung aller Berufsfragen werden geschaffen:

- a) eine Reichszentrale der Kesselschmiede,
b) Bezirkszentralen für alle Bezirke des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Reichszentrale befindet sich am Sitz des Hauptvorstandes. Letzterer trifft im Hauptbüro die notwendigen Einrichtungen, um eine laufende und enge Verbindung und Orientierung der Berufs-Kollegen im Lande zu ermöglichen.

Bei wichtigen Beratungen, die für die Gruppe „Kesselschmiede“ in Frage kommen, sind für die einzelnen Bezirke oder bei zentralen Beratungen durch den Hauptvorstand Vertreter der Kesselschmiede aus drei bis fünf der in erster Linie in Frage kommenden Orte oder Bezirke mit heranzuziehen.

Aber die Behrungsfrage wurde lebhaft diskutiert und eine Resolution, die besondere Richtlinien für den Lehrgang der Kesselschmiedelehrlinge enthält, eingebracht. Vom Unternehmer wird eine genügende Bezahlung der Lehrlinge, entsprechend dem besonderen Bedürfnissen dieses schmernden Berufs, gefordert.

Eine lebhaft diskutierte Entschließung über das Thema: Anlernen anderer Berufsangehöriger. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die Reichskonferenz stellt nach eingehender Aussprache fest, daß der Mangel an gelerntem, leistungsfähigen Kesselschmiedem nur ein vorübergehender und örtlicher ist.

In Erkenntnis dessen kann sich die Reichskonferenz nicht zu dem von den Unternehmern geforderten Anlernen anderer Berufsangehöriger verstehen. Dieses Anlernen bedeutet in der Praxis nur ein Ausbilden von Spezialisten für eine besondere Arbeit, vergrößert den Mangel an wirklich tüchtigen Fachleuten, hindert die Freizügigkeit und brüht das Kesselschmiedehandwerk auf ein ihm nicht zustehendes Niveau.

Nicht zuletzt ist eine sich stets verschlechternde Qualität der Arbeit die Folge.

Die Reichskonferenz stellt es den Unternehmern anheim, sich durch Vermittlung der Reichszentrale der Kesselschmiede Deutschlands gelernt, tüchtige Fachleute zu beschaffen, für angemessene Wohnung zu sorgen und die Umzugskosten zu bedenken.

Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß unser Verbandsorgan auch die Vermittlung der einzelnen Berufe (bei Zuschüssen usw.) berücksichtigen möge. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Zwei weitere Anträge werden dem Vorstand überwiesen.

Als letzter Punkt stand die Auslösung bei Montagen (Montagezulagen) zur Beratung. Die Konferenz stellt sich auf den Standpunkt, daß der Hauptvorstand diese Frage zentral regeln muß und ersucht die einzelnen Kollegen, denselben mit Material zu versehen.

Reichskonferenz der Lokomotiv- und Waggonbranche

Am 8. und 9. August fand im „Volkshaus“ zu Gotha eine Reichskonferenz der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter der Lokomotiv- und Waggonfabriken statt. Sie war besetzt von 27 in den elf Bezirken des Verbandes gewählten Delegierten, ferner von 10 durch interessierte Verwaltungstellen besonders bestimmte Delegierte, schließlich von je einem Vertreter der Bezirksleiter und des Vorstandes, je einem Vertreter des Holzarbeiter-, des Maler- und des Sattlerverbandes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände sowie dem Vorsitzenden des bisherigen Zentralwirtschaftsrates der Waggonfabriken, mithin von insgesamt 44 Teilnehmern.

Brandes vom Hauptvorstand wies bei Eröffnung der Konferenz auf die Stellung des Metallarbeiter-Verbandes hin, der als Organisation in diesem Industriezweig die Führung habe. Wenn der Vorstand zunächst nur die Mitglieder der eigenen Organisation zu einer derartigen Besprechung geladen habe, so um sich mit diesen über den einzuschlagenden Weg zu verständigen. Er bedauere, daß ein geringer Teil der beteiligten Kollegen auf Anweisung von einer Zentralstelle die Wahlen zu dieser Konferenz zu boykottieren versucht habe, die Aussprache solle nicht hinter dem Rücken der mittelständigen Organisationen stattfinden. Die Hauptorganisationen seien deshalb um eine Vertretung ersucht worden und wären der Einladung gefolgt.

Nach Erlebigung der üblichen Formalitäten referiert Kollege Brandes über „Allgemeine Aufgaben des Verbandes und besondere Aufgaben der Betriebsräte in der Lokomotiv- und Waggonbranche“. Der Wahnsinn der kapitalistischen Produktion zeigt sich jetzt in voller Schärfe. Den Massen mangelt es am Nötigsten, dennoch liegen Hunderttausende bereit, die dies Nötigste schaffen würden, erwerbslos auf der Straße, Millionen arbeiten mit erblich vererbter Arbeitszeit. Das Unternehmertum nicht diese Zeit. Versuche für Lohnabbau, deren Erfolg die Kaufkraft der Arbeiter noch mehr vermindern und deshalb die Volkswirtschaft schädigen würden, sind an der Tagesordnung. Es arbeitet auch sonst mit Hochdruck, schweißst sich zusammen, um die Kraft der Arbeiter zu brechen, deren Organisationen zu zerstören. Trotzdem arbeiten ihm Teile der Arbeiterkraft in die Hände. Die geschwächte Tätigkeit der Syndikalistin und Unionisten schwäche die Arbeiterkraft. Sie leisten im Wirtschaftslieben unbezahlt die gleiche Arbeit, wie die bezahlten Spigel im politischen Leben. Nur in einheitlicher und geschlossener Front, fühend auf den Grundgedanken des Verbandstages, komme die Metallarbeiterkraft vorwärts in der Wahrnehmung der Berufsinteressen sowohl wie der darüber hinausgehenden großen Aufgaben.

Die dafür erforderliche Arbeit wurde dem Vorstand außerordentlich erschwert zuerst durch ungerechtfertigte Angriffe von politisch regierungsfeindlichen, jetzt von politisch linksstehenden Kollegen. Die Angriffe von rechts sind verhältnismäßig das Wachstum des Verbandes und neue Hunderttausende, die finanzielle Gesundung, die Lohnbewegungen im ganzen Verbandsgebiet, kurz die Gesamtleistungen waren sichtbar für jeden, der sehen wollte. Um die Streitfrage aber geht der Streit noch immer. Nicht um die Höhe an sich. Der Verbandsvorstand hat durch die Tat auch hier bewiesen, daß er die Betriebsräte zu wirtschaftlichen Machtfaktoren im Produktionsprozeß und für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft machen will. Wir können diese Mächtigkeiten nicht einer außerhalb der Organisation stehenden Zentrale unterordnen lassen. Wir können den Verband nicht wieder zu einer Larvenmaschine herabdrücken lassen; er soll vielmehr die großen wirtschaftspolitischen Probleme in uniger Verbindung mit den Massen lösen.

Zu diesem Zweck sollen und bilden wir die Betriebsräte in allen Fragen des Produktionsprozesses. Sie müssen die Organisation des eigenen Betriebes, die Beschaffung der Rohmaterialien, ihre Verarbeitung, die Preisbildung, den Absatz, ferner die Geld- und Warenrechnung, das Wesen der modernen Industriemethoden, das Aktien- und Syndikatswesen kennen lernen und die Zusammenhänge der Weltwirtschaft begreifen. Dann können sie nicht nur am Wiederaufbau unseres Wirtschaftsliebens, sondern an der Durchföhrung der sozialistischen Produktionsweise unseren Anteil nehmen. So soll das Kontrollrecht der Betriebsräte zum Mitbestimmungs- und schließlich zum Bestimmungsrecht der jeweiligen Kapital- und Handarbeiter werden. Unsere Betriebsräte-Zeitung bringt uns an der Feder merkwürdig hervorragender Wirtschaftskennner Ratgeber über alle vorliegenden Gebiete. Die volkswirtschaftliche Abteilungs im Kampfbüro werde jetzt erweitert und eine vorzügliche wissenschaftliche Kraft mit der Leitung betraut, so daß auch von hier aus der Sozialisten und Betriebsräten des Verbandes wertvolles Material zugehe. Der Vorstand will die Betriebsräte in der Industriegruppe, in der Industrie und mit allen anderen Industriearbeitern verknüpfen, begünstigen und sie reich zusammenfassen. Eine besondere Abteilung für die Geschäfte der Betriebsräte wird im Kampfbüro eingerichtet. Der Beirat des Hauptverbandes wird gebildet durch je einen Delegierten jeder Industrie- oder Berufsgruppe. Dieser Beirat bestimmt mit dem Vorstand die Vertretung der Betriebsräte unseres Verbandes für die Zentrale aller Organisationen im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Als Unterlage für die Arbeiter dieser Konferenz ist vom Vorstand eine fünfseitige Zusammenfassung aller Betriebe der Lokomotiv- und Waggonbranche erfolgt. Die Fragebogen für Waggonfabriken wurden an 41 Orte mit 61 Betrieben versandt. 47 Betriebe haben nur Antworten, 14 nur Reparaturen. Beschäftigt sind im Waggonbau 4250 Arbeiter. Die Fragebogen für Lokomotivbau gingen an 24 Orte mit 25 Betrieben, wovon 22 beantwortet, 14 nur Reparaturen fertigen. Beim Lokomotivbau beschäftigt sind 4831 Personen. Die Organisationskraft ist bei den Arbeitern in beiden Zweigen gut, sind doch im Lokomotivbau 5 v. H. im Waggonbau 96 v. H. der Arbeiter organisiert. Sie sind aber zerstreut in 20 verschiedenen Organisationen. Das muß sich ändern. Von oben herab ist nicht erzwungen, wohl aber von unten heraus erreicht werden. Deshalb hier eine Zentrale der Waggonfabriken nötig war, steht es mit der entsprechenden Zentralorganisationen nicht anders

als in anderen Industriezweigen aus. Die Konferenz bitte ich, zu erwägen, ob zur nächsten Konferenz die Mitglieder des Verbandes in Eisenbahnbetrieben zur Teilnahme aufzufordern sind. Die Zeit wird kommen, wo die Reichseisenbahnbetriebe von der Verwaltung der Eisenbahnbetriebe losgelöst werden müssen, um rationeller zu arbeiten. Dann haben sie weit mehr Interessengemeinschaft mit den Arbeitern der Lokomotive- und Waggonfabriken als mit den Eisenbahnbetriebsbeamten und -arbeitern.

Er legt der Konferenz folgende Entschließung zur Beratung vor:

Die wirtschaftlichen Interessen der in Waggon- und Lokomotivfabriken Beschäftigten können nur durch eine mächtige Organisation wirksam wahrgenommen werden. Die Reichskonferenz verpfichtet deshalb die Kollegen zur intensivsten Propaganda für den reiflichen Zusammenschluß aller Beschäftigten in einer einheitlichen Organisation.

Die in Waggon- und Lokomotivfabriken Beschäftigten werden zu einer Industriegruppe und deren Betriebsräte auf der Grundlage der Richtlinien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zusammengestellt. Aus ihrer Mitte wird ein Delegierter, erstmalig durch die Reichskonferenz, zur Mitwirkung im Beirat des Gesamtverbandes bei Fragen der Betriebsräte und der eigenen Industriegruppe bestimmt.

Im Anschluß an die Reichskonferenz organisieren die Bezirksleiter die Verichterstattung der Delegierten und die Wahl je eines Bezirksdelegierten der Betriebsräte dieser Industriegruppe. Aus ihrer Mitte bestimmen die 17 Bezirksdelegierten 5 Mitglieder für eine Reichskommission, welche im Bedarfsfalle vom Vorstand zur schriftlichen oder mündlichen Beratung in Sachen ihrer Industriegruppe herangezogen wird. Der Reichskommission müssen je zwei Mitglieder der Lokomotive- wie der Waggonbranche angehören.

Die Vertreter der IFA, des Holzarbeiter- und des Malerverbandes bitten um folgenden Zusatz:

„Beim Aufbau der Organisation der Betriebsräte in der Lokomotiv- und Waggonindustrie sind die Hauptberufe entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen. Die beteiligten Zentralverbände werden beauftragt, sofort diesbezügliche Richtlinien auszuarbeiten.“

In der Aussprache erklären die übrigen Organisationsvertreter sich grundsätzlich mit der Einheitsorganisation einverstanden, für welche ihre Mitglieder, ganz besonders in den Angestelltenverbänden, aber erst gewonnen werden müssen. Man müsse deshalb Geduld haben.

Müller vom bisherigen Zentralrat der Waggonfabriken erklärt, daß der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes nach dem Vortrage des Kollegen Brandes das gleiche wie der Zentralrat vollziehen und die Tätigkeit des letzteren und tritt für die Sozialisierung der Verkehrsmittel ein, wozu er auch die Lokomotiv- und Waggonfabriken rechnet.

Es sprechen zu diesem Punkt Thiem, Waldmann und Haupt (Kassel), Pessinger (München), Brandt und Böckert (Berlin), Striefler und Hoffschmidt (Hannover), Gandle und Scholz (Breslau), Koch (Erfurt), Wöckler und Kürten (Köln), Kalkaun (Essen), Kummel (Bremen) und Hüllig (Chemnitz). Mit dem Aufbau des Vorstandes für die Mächtigkeiten sie sich einverstanden. Es werden Anregungen für die Arbeit der Betriebsräte gegeben, im übrigen die Frage der Sozialisierung, die baldige Einberufung einer neuen Konferenz gewünscht, zu der auch die anderen großen Berufsgruppen Delegierte stellen. Nach einem Schlußwort des Kollegen Brandes wird die Beschlußfassung über die vorgelegte Entschließung bis nach Abschluß der Verhandlungen zum 2. Punkt vertagt.

Im zweiten Tage referiert Haupt (Kassel) über „Lohn- und Berufsfragen“. Er wünscht die Druckerlegung der vom Vorstand angenommenen statistischen Aufnahme, die leider in der Lohnfrage keine einwandfreien Ergebnisse brachte. Die Löhne und Arbeitsverhältnisse weisen noch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken auf. Die niedrigsten Löhne und Verhältnisse wurden in Danzig und Elbing erzielt. Das sei unangenehm, da die Aufträge jetzt zu gleichen Preisen vom Zentralamt der Eisenbahn vergeben würden. Die Arbeitsmethode müsse wohl in den Betrieben mit niedrigen Löhnen eine außerordentlich nützliche sein. Die Schaffung eines Reichstages empfehle er nicht. Je größer die Kampfbasis, um so größer die Opfer. Erwünscht sei die Feststellung über den Umfang der Schäden derselben wären durch die von den Gewerkschaften erreichten Sicherungen erheblich abgeschwächt. Höchstverdienenden dürften nicht festgesetzt werden. Bei der Festlegung der Löhne müssen die Vertreter der Arbeiter das Mitbestimmungsrecht haben. Er befragt dann die immer noch hohen Differenzen zwischen den Löhnen gelernter und ungelerner Arbeiter. In einem Falle betrage sie 1,90 M., das sei ungerechtfertigt. Die gleiche Lohnstufe sei ein zweifelhaftes Experiment, weil noch keine sichere Berechnungsform für die Erfassung der Haushaltskosten gegeben sei. Er lenkt dann die Aufmerksamkeit auf die Arbeitszeit und Überstundenarbeit und weist auf jenes Injunkt hin, das nicht vereinigt sei, in dem ein Schloffer Arbeit sucht für die Zeit nach 4 Uhr, d. h. nach Abolvierung seiner achtstündigen Arbeitszeit. Er verwirft die Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus, um dadurch am Sonnabend eine kürzere Arbeitszeit zu erreichen. Die normale wöchentliche Arbeitszeit dürfe auch bei Überarbeit nicht überschritten werden. Die Feriendauer nach den Jahren der Beschäftigung zu betonen, könne nicht aufrecht erhalten werden. Beim Wechsel der Arbeit durch Arbeitsmangel empfänden schlimmste Härten. Er verlangt einheitliche Ferien für alle. Die Lehrlingsausbildung müsse endlich neu geregelt, Lehrverhältnissen eingerichtet und die Arbeit für Lehrlinge verbessert werden. Diese Kleinarbeit sei äußerst wichtig. Dabei dürfe aber das große Ziel der Arbeiterbewegung nicht aus dem Auge gelassen werden. Gerade in der Lokomotiv- und Waggonbranche, die ihre Beschäftigung aus Staatsaufträgen herleiten, müßte die Produktivität außerordentlich hoch sein.

An der Aussprache beteiligen sich Streb und Hofmeister (München), Kalkaun (Essen), Zimmermann und Müller (Gotha), Brandt (Strasbourg), Thiem (Kassel), Wöckler (Berlin), Bittke (Koblenz), Klossinski (Königsberg), Daus (Hildesheim), Stoll (Karlshof), Kummel (Bremen), Hoffschmidt (Hannover), Schmidt (Mannheim), Dahlem (Köln), Scholz (Breslau), Bliersbach und Kürten (Köln). Die meisten Redner setzen der Schaffung eines Reichstages freundlich gegenüber. Arbeitsfrage, Überstundenarbeit und Lehrlingsausbildung werden eingehend gewürdigt.

Brandes weist darauf hin, daß nach Schaffung der Geschäftsstelle für die Lokomotiv- und Waggonbranche beim Hauptvorstand die systematische Bearbeitung aller die Branche betreffenden Fragen erfolge. Die Durchsetzung eines Reichstages in jetziger Krisenzeit sei nicht empfehlenswert. Der Vorstand werde aber mit der zu bildenden Reichskommission die Ausarbeitung eines Manifests vorzunehmen, bei den künftigen Tarifverhandlungen von den Vertretern der Arbeiter beauftragt werden müsse.

Schleifer vom Holzarbeiterverband erinnert an die Bürgerkonferenz, die sich für einen Reichstagsausgesprochen habe.

Bezirksleiter Brande teilt über die Anwendung der geltenden Lohnsätze in Dresden mit, daß die Veränderungen der Warenpreise durch das fällige Arbeitsamt unter Mitwirkung des Bevollmächtigten unseres Verbandes erfolge. Bisher sei übrigens nur die Hälfte des Preisrückgangs beim Lohnabbau eingeleistet worden.

Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem er auf die die Diskussion beherrschten Fragen einget, entscheidet sich die Reichskonferenz mit 21 gegen 15 Stimmen für die Schaffung eines Reichstages.

Die vom Kollegen Brandes beim ersten Punkt der Tagesordnung vorgelegte Entschließung wird darauf mit dem Zusatzantrag einstimmig angenommen.

Zum Reichsdelegierten wählt die Konferenz Harry Böckert (Berlin).

Der Antrag der Vertrauensleute in Bremen, der Hauptvorstand möge eine neue Konferenz vorbereiten, an der alle Hauptorgani-

tionen der Branche beteiligt sind, wird dem Vorstand als Material überwiesen.

Brandes dankt darauf den Teilnehmern für den fachlichen Verlauf der Konferenz. Er stellt unter Zustimmung der Konferenzteilnehmer fest, daß diese sich überzeugt hätten von dem Willen der Verbandsleitung, sowohl die Gegenwartsinteressen der Arbeiter als dieses Berufsweiges, wie die großen allgemeinen Aufgaben dieser unermesslichen Zeit mit ganzer Kraft zu fördern. Dazu sei die Mitarbeit aller Kollegen erforderlich, die er nach dieser Konferenz verstärkt erwarte.

Schluß der Konferenz nachmittags 4 Uhr.

Reichskonferenz der Orthopädiemechaniker, Bandagisten und Instrumentenmacher

Mit einer reichhaltigen Tagesordnung tagte am 1. und 2. August 1920 die Konferenz in Dresden. Anwesend waren 17 Delegierte, 2 Referenten, Bezirksleiter Kollege Liebe (Dresden) und vom Hauptvorstand Kollege Brandes (Stuttgart). Ferner waren 5 Kollegen anwesend, die besonders von den Ortsverbänden delegiert waren. Die Konferenz verließ auch diesen die Nacht von Delegierten. Die Tagesordnung lautete:

1. Allgemeine Aufgaben der Organisation und besondere Aufgaben der Betriebsräte der Branche der Orthopädiemechaniker und Bandagisten. Berichterstatter: Verbandsvorsitzender H. Brandes.
2. Lohn- und Berufsfragen. Berichterstatter: Kollege Eugen Warkner (Stuttgart).
3. Arbeitsnachweis und Fachorgane. Berichterstatter: Kollege O. Loberle (Berlin).
4. Über den Wert von Staatswerkstätten. Berichterstatter: Kollege W. Gaafe (Essen).
5. Beratung der eingegangenen Anträge.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führt Kollege Brandes aus: Die Gewerkschaftsbewegung entstand in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, um die Beschlofen zusammenzuschließen, sie mächtig zu machen, sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Schon in der ersten Zeit kam es zu Kämpfen, die niedergeschlagen wurden, da die Arbeiter ziel- und planlos handelten. Seitdem sind die Massen organisiert und selbstbewußter geworden. 1914 war die Situation so, daß die Scharfmacher in Verbindung mit der Staatsgewalt das bis dahin durch die Gewerkschaften errungene zerschlagen wollten. Da brach der Krieg aus. Während desselben schlug die Führung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung einen Weg ein, der von einem fortgesetzten Teil der Arbeiterkraft als verhängnisvoll erkannt wurde. Auch nach dem Kriegszusammenbruch mit seiner ungeheuerlichen Folgen für das deutsche Volk bildete die Gewerkschaftszentrale Arbeitsgemeinschaften, die der Wiederaufrichtung des Kapitalismus dienen, während die Arbeiterkraft besten Sturz und die Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft fordert. So kam es zu dem großen Auseinandergehen ganz besonders auch in unserem Verband auf den Lagungen in Köln und Stuttgart. Hier wurden Beschlüsse gefaßt, die der Arbeit des Verbandes ein größeres Ziel gaben. Andere Organisationen sind uns bereits gefolgt und der Rest würde gefolgt sein, wenn nicht ein Teil der Arbeiter syndikalistischen und unionistischen Schreibern folgte, deren Zweck die Zerstückelung der Zentralgewerkschaften ist. Sie propagieren Betriebsorganisationen, wie dies vor dem Kriege durch die Unternehmer bei ihrer Bildung gelber Verelne geschah. Losgelöst von den anderen, auf sich selbst angewiesen, unterliegen solche Gebilde, ganz besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten dem Einfluß der Unternehmer.

Neben der Bekämpfung der äußeren Feinde hat die Organisation auch jetzt noch starke innere Kämpfe. Dem Vorstand wird die Ausführung der Beschlüsse des Verbandstages außerordentlich erschwert. Er bewies durch die Tat, daß alle Angriffe auf ihn falsch seien. Die Mitgliederzahl stieg um neue Hunderttausende, die Finanzen ordneten sich auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen fekte eine so reiche Arbeit ein, wie sie der Verband nie zu verzeichnen hatte. Daneben wurde vom Vorstand alles, was möglich war, getan, um die Mitglieder für den Sozialismus zu schulen, sie zu Klassenkämpfern zu machen. Trotzdem setzten neue Kämpfe wegen der selbständigen Kätebewegung ein.

Nachdem durch die Beschlüsse der Nationalversammlung und die Stellung der Regierung die frühere politische Kätebewegung auf ein totes Gleich geschoben worden war, wandte sich die Kätezentrale der wirtschaftlichen Kätebewegung zu und forderte die Führung derselben. Dagegen wendete sich der Vorstand mit um so größerem Recht, als der Verbandstag selbst eine derartige Führung abgelehnt hatte. Der Verbandstag hat dem Verband neben der bisherigen Arbeit die großen wirtschaftspolitischen Probleme zur Durchföhrung überwiesen. Dieses Betätigungsfeld darf ihm von keiner Seite strittig gemacht werden. Die Betriebsräte müssen und können ihre großen Aufgaben nur in und mit der Gewerkschaft lösen, die ihnen erst Macht und Rückhalt gibt. Neben der Gewerkschaft eine besondere Kätezentrale zu schaffen, muß die folgenschwersten Reibungen zum Schaden der ganzen Bewegung bringen.

Die Reichskonferenz hat deshalb die Pflicht, die Berufsangehörigen einheitlich in einer wirtschaftlichen Organisation und ihre Betriebsräte in enger Verbindung mit der Gewerkschaft und durch diese zusammenzufassen.

Die Statistik über Zahl der Beschäftigten und Organisationszugehörigkeit ist mangelhaft, da es an der Mitarbeit der Kollegen fehlt. Ermittelt sind 291 Betriebe in 56 Orten mit 2771 männlichen und 479 weiblichen Arbeitern, 390 männlichen und 145 weiblichen Angestellten, dazu kommen 832 Lehrlinge. 2374 sind im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 576 in anderen freien Gewerkschaften organisiert und 259 Arbeiter und 82 Angestellte sind unorganisiert. Diese für die Organisation zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein.

Die Betriebsräte müssen am sozialistischen Aufbau helfen. Sie müssen geschult werden, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Die Betriebsräte sollen im Rahmen der Organisation zusammengefaßt, in innigster Verbindung mit dieser stehen. Sie erhalten Selbständigkeit im Rahmen der Organisation. Sie werden örtlich zusammengefaßt als Industriegruppe, aber auch insgesamt mit der Betriebsräten der übrigen Industriegruppen. Am Sitz der Organisation, also in Stuttgart, und ebenso bei den Bezirksleitungen werden Angestellte im Hauptberuf mit der Führung der Geschäfte für die Betriebsräte und für die Berufsgruppe bestimmt. Jede Gruppe bestimmt aus sich heraus einen Delegierten, der im Beirat des Gesamtverbandes mitwirkt, wenn Gruppen- oder Betriebsrätefragen besprochen werden. Für den Abschluß von Verträgen und anderen wichtigen Berufsfragen wird aus jeder Gruppe eine Reichskommission gebildet, die dem Vorstand beratend zur Seite steht. Besondere Beiträge für die Betriebsräte lehnt die Organisation ab. Was an Kosten erforderlich wird, muß aus Mitteln der Organisation bestritten werden. Gaben wir bisher in der Organisation vorbereitende Arbeit geleistet, so ist nunmehr die Zeit gekommen, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu betreiben.

In der Diskussion wurde volle Übereinstimmung mit den Ausführungen des Kollegen Brandes bezeugt. Die Berufsgemeinschaft hat Arbeit im Sinne der Organisation geleistet und hat mit dem heutigen Tage aufgehört. Die Instrumentenmacher gehören zu unserer Branche. Die Betriebsorganisationen und andere Zerstückelungen müssen bekämpft werden. Die Gewerkschaft ist der Kern der wirtschaftlichen Bewegung. Fruchtbringende Arbeit der Betriebsräte ist nur im Rahmen der Gewerkschaft möglich.

Im Schlußwort betont der Referent, daß die Instrumentenmacher zur Berufsgruppe herangezogen werden müssen. Die Bezirksdelegierten sollen dem Bezirksleiter beratend zur Seite stehen. Besondere Reichskonferenzen sind erwünscht. In diesen Konferenzen sind die Delegierten zu wählen. Die Leiter der Berufsgemeinschaft haben erfreulicherweise stets betont, daß ihre Arbeit lediglich eine Unterstüzung des Verbandes sei.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die wirtschaftlichen Interessen der Orthopädiemechaniker, Bandagisten und Instrumentenmacher können nur durch eine machtvoll organisierte Organisation wirksam wahrgenommen werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Lohn- und Berufsfragen“ berichtet E. Marschner (Stuttgart): Das dem Vorstand eingesandte Material in diesem Punkte ist nicht ausreichend.

In einer ausgiebigen Debatte wurde besonders die Behringlergüter kritisiert. In Leipzig kommen auf 87 Beschäftigte 49 Behringlinge.

Die Reichskonferenz erwartet vom Vorstand die Ausarbeitung von Richtlinien, welche als Grundlage für die Schaffung von Bezirks- oder Ortsarbeitsverträgen dienen.

Zum dritten Punkt: „Arbeitsnachweis und Fachorgan“ referiert Kollege Labeffe (Berlin). Er führt aus: Bevor die Chirurgiemechaniker dem D.M.B. angeschlossen waren, bestand ein Fachverein dieser Branche.

Nach kurzer Debatte wird das Ergebnis in der nachfolgenden Entschließung zusammengefasst:

Der Vorstand wird von der Reichskonferenz ermächtigt, mit Rücksicht auf die Eigenart der Branche monatlich eine Fachbeilage herauszugeben, welche den darauf reflektierenden Kollegen zum Selbstkostenpreis durch die örtlichen Vertrauensmänner der Branche zugestellt wird.

Die Konferenz behandelt sodann Punkt 4: „Der Wert von Staatswerkstätten.“

Gaase (Essen) führt dazu aus: Im Jahre 1915 war der Bedarf an Prototypen, Stützapparaten usw. so groß, dass die Privatbetriebe ihn nicht zu decken vermochten.

Die Leiter von Staatsbetrieben müssen aus Fachkreisen gewonnen werden. Der Betriebsrat muss größtenteils Einfluss erhalten; kaufmännische und technische Abteilungen müssen bei der Berechnung getrennt werden.

Staatliche Werkstätten sollen Mutterwerkstätten sein, aus denen beste Arbeit kommt.

Nach ermunternden Worten, die hier begonnene Arbeit in den Bezirken zum Nutzen der Kollegen und der sozialistischen Bewegung fortzusetzen, wurde die Konferenz geschlossen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 3. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1920 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
Delmenhorst	100	80	25	40. Beitragswoche.
Geisenheim	80	—	—	40. „
Rossvetn	80	40	20	40. „
Seib	80	60	—	42. „
Waltershausen	130	80	—	40. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen wird: Auf seinen Antrag der in Nr. 14/1911 auf Antrag der Verwaltungskstelle Berlin für nicht wieder ausnahmsfähig erklärte Klemperer Theodor Seidel, geb. am 25. November 1871 zu Berlin.

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungskstelle Kitzb.: Der Metallarbeiter Georg Kestler, geb. am 11. April 1875 zu Lohr a. Main, Mitgliedsbuch Nr. 8,758244, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungskstelle Trier: Der Bergmann Anton Scheid, geb. am 21. Februar 1897 zu Jdenheim, Mitgliedskarte Nr. 238719, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Offentlich gerügt wird: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Nürnberg: Der Bohrer Albert Weller, geb. am 24. Dezember 1876 zu Steinbach, Mitgliedsbuch Nr. 2,951762, wegen unkollegialem Verhalten und Denunziation.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungskstelle Wittingen: Der Walzer Ludwig Frenzel, geb. am 11. August 1871 zu Hferlohn, Mitgliedsbuch Nr. 2,771602, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Der Metallarbeiter Otto Wödenhoff, geb. am 27. August 1888 zu Schüren, Mitgliedsbuch Nr. 3,105978, wegen unkollegialem Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 8,688590, lautend auf den Bohrer Ludwig Siebrecht, geb. am 6. April 1894 zu Soltau, eingetreten am 24. August 1919. (Sörlitz.)

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtwebern nach Ragny D.;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Eßlingen (Eßlinger Maschinenfabrik) M.; nach Neuß bei Düsseldorf (Rhein-Weiß. Eisengießerei) D.;
- von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz S.; nach Leipzig D.;
- von Graveuren und Ziseleuren nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem R.-M. nicht unterstehen) D.;
- von Feigungsmonitoren, Pflanzmonitoren und Selsern nach München S.;
- von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. J. Rinke) D.; nach Bremen S.; nach Dantsig S.; nach Eßling D.; nach Gehren in Thüringen (Fa. Spannaus) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Graveure und Ziseleure.

Der Reichstatarvertrag für das Graveur- und Ziseleurergewerbe ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden. Wenn auch diese Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums die Zentrale unseres Verbandes erst Anfang August erreichte, so ist aber daraus zu entnehmen, daß die allgemeine Verbindlichkeit bereits seit dem 1. Mai rechtsverbindlich ist.

Daß dieses Gebilde, der Reichstatar, noch nicht vollkommen ist und nicht überall Verständnis und Anerkennung findet, war der Geschäftskommission längst klar, aber die Tarifkommissionsmitglieder sind auf der vorjährigen Reichskonferenz in Stuttgart mit dem Auftrag beauftragt worden, für das Gewerbe einen Reichstatar zu schaffen, die Grundzüge wurden auf der Reichskonferenz gleichfalls fixiert.

Verhältnissen nicht entspricht. Trotzdem aber ist auch bekannt, daß dennoch ein namhafter Teil unserer deutschen Berufsangehörigen, besonders die im Kleingewerbe tätigen, durch die reichstatarische Festlegung der Lohnsätze eine starke Rückenbedrückung hat, die ihnen aber verloren geht, wenn der Reichstatar nicht besteht.

„Die in der heutigen Branchenversammlung anwesenden Kollegen erklären nach Kenntnisnahme des Berichts über die Berliner Konferenz, daß sie es beklagen, daß für solche Belanglosigkeiten noch Verbandsmaterial verwannt wird.“

Die Sprendlinger Kollegen aus der Zahnfabrik bei Frankfurt a. M. fühlen „Mißtrauen gegen die Verhandlungskommission unserer Branche, die unrichtigst die schon verschiedentlich gestellten Anträge auf Aufhebung des Reichstataris, diesen weiter erhalt, trotz Bevormundung und größter Bräulierung durch die ohne Vollmacht erschienenen Bundesmitglieder.“

Die Mitglieder der Tarif- und Geschäftskommission für die Branche der Graveure und Ziseleure sind gewiß nicht stolz auf ihre bisherigen Arbeiten und „Erfolge“ oder auch — Mißerfolge — wie man nimmt, von welchem Maß man die Resultate auch beobachtet und beurteilt, aber daß die Kommissionsmitglieder für „Belanglosigkeiten“ „Verbandsmaterial“ verbrauchen und vor der Bundesmeistern „zu Kreuze kriechen“, ist wohl nur die einseitig, vorangeneommene Meinung einiger Kollegen, die zurzeit eine günstige Konjunktur ausnützen können und demgemäß bessere, höhere Lohnsätze erzielen, als im Tarif vorgesehen. Und das „Mißtrauen“, das die Sprendlinger Kollegen so langsam auszusprechen, hat die Kommission auch nicht verdient, denn sie gab sich die größte Mühe, Gutes zu schaffen, mußte aber auch damals, im Juni, mit der bereits sehr ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen rechnen.

Wollen aber die Berufsangehörigen diesem Reichstatar den Laufpaß geben, dann müssen sie in ihren Branchenversammlungen dazu Stellung nehmen und diesbezügliche Anträge der Zentrale einreichen.

Die Geschäftskommission ist nicht befugt, auf Wunsch und Verlangen einiger Branchen Beschäftigte, wie oben genannt, das Tarifverhältnis zu kündigen und aufzulösen, besonders auch darum nicht, weil sie vom Vorstand dazu gar nicht ermächtigt und beauftragt war.

Wenn aber die weitaus größte Zahl der maßgebenden Orte, wo Branchenkollegen organisatorisch tätig sind, ein solches Verlangen stellen, dann wird auch die Organisationsleitung dazu Stellung nehmen, den Reichstatar kündigen und eine Erneuerung ablehnen müssen.

Wir sparen dann „Verbandsmaterial“, Kosten, Zeit, Umstände und Geld vor allen Dingen! — Die Mitglieder der Geschäftskommission brauchen dann, wenigstens in diesem Fall, kein „Mißtrauensvotum“ zu schluden. Ja, Kollegen, mit einem Mißtrauensvotum und vielen anderen schönen Zumutungen sind viele Kollegen in den Versammlungen gern spendig, aber mit Vorbehalt, wie man besser macht, oder einen besseren Weg zu kennzeichnen, der gangbar ist für all die Kollegen, die im Kleingewerbe den Konkurrenzdruck oft peinlich empfinden, damit können die kritisierenden Kreise selten aufwarten.

Die Kollegen in Frankfurt a. M. haben es trotz dieses Reichstataris fertiggebracht, daß der Metallarbeiterlohn von 5,94 M bei den Meistern zur Anerkennung kommt. Die Mannheimer Kollegen haben die höchste Ortsklasse durchgedrückt, alles Erfolge, die ein Beweis dafür sind, daß die Kollegen, wenn sie am Orte organisatorisch gut zusammenstehen, trotz der Säge im Reichstatarisch auch darüber hinaus höhere Sätze erzielen können. Zeit und Umstände sind auch hier maßgebend. Das sind Erfolge, die auch von der Tarifkommission beachtet, den Kollegen an allen Orten zur Nachahmung empfohlen werden und bei erneuten Verhandlungen mit der Meisterkommission als gute Verhandlungsbasis dienen können. Dennoch wissen wir aus der Praxis, daß an vielen Orten heute noch Lohnbedingungen zur Anerkennung zu bringen.

Wenn die Kollegen all das Für und Wider bei ihren Beratungen beachten und nicht gleich das Rind mit dem Wade ausschütten, dann werden sie bald finden, daß sich auf diesem Reichstatarisch eine Grundlage schaffen läßt, die für alle Kollegen, die vorwiegend bei Kleinmeistern tätig sind, die Arbeitsverhältnisse, besonders die Lohnsätze den Zeitverhältnissen entsprechend günstig gestaltet. Vor allem mögen die Kollegen aber beachten, daß ein Ding an sich auch im Anfang nie gleich vollkommen sein kann, am allerwenigsten ein Reichstatar! Man werfe also auch dieses neue Ding nicht gleich auf den Scheiterhaufen der Vergangenheit, sondern man nehme dazu Stellung, prüfe die Positionen, die Zeit, die Umstände, die Chancen, Konjunktur usw., dann wird sich auch ein Willensausdruck finden, der der Geschäftskommission Aufträge zur Ausgestaltung des Reichstataris übermittelt, der aber kein unbedingtes Mißtrauensvotum und kein Tabula rasa bedeutet. Die Kollegen von Sprendlingen, ganz besonders alle die in Großbetrieben beschäftigten Kollegen, wollen bringend beachten, daß dieser Reichstatar in erster Linie die Bedeutung dahingehend hat, die Verhältnisse in den Ruben der Kleingewerbetreibenden Graveur- und Ziseleurmeister endlich modern zu regeln; die Verhältnisse der Kollegen in den Großbetrieben sind doch schon durch entsprechende Tarifabkommen in der Metallindustrie geregelt. Und wenn die Kollegen an den einzelnen Orten ganz besonders noch mündlich über die Zweckmäßigkeit dieses Reichstataris Unterriecht haben wollen, dann stehen die Mitglieder der Tarifkommission, die Kollegen Lohse und Pfändt, Berlin, Linienstr. 33, D. M. B., P. Dittmar, Leipzig-Connewitz, Döllgerstr. 12, Friedr. Groppe, Gnanau-Langendiebach, Bergstr. 7, Hof. Koch, Köln, Schillingstraße 9, Karl Müller, Nürnberg, Kartäusergasse 14, D. M. B., und Emil Bräudner, D. M. B., Stuttgart, Wöhrstr. 16 immer gern zur Verfügung, um einen aufläuternden Vortrag über den Tarif und seine Bedeutung zu halten. Selbstverständlich müssen die Kosten von der Verwaltung gedeckt werden, aber für beratige Zwecke sind sicher auch Mittel zur Verfügung. Der Vorweis ist verschiedentlich erbracht, und die Kollegen sind nach dieser Vortrags doch vielfach besser informiert als zuvor, auch entsteht wieder mehr Interesse, wenn mal über die Berufsfragen von Fachkollegen referiert wird.

Es wird nunmehr zu empfehlen sein, daß die Branchenleitungen dafür sorgen, daß baldigst die Kollegen erneut zu dem Reichstatar Stellung nehmen. Das Thema könnte lauten: Was bietet uns der Reichstatar, ist seine Verbeibaltung noch notwendig? In erster Linie kommen jene Branchengruppen der Graveure und Ziseleure in Frage, die hauptsächlich mit dem Schaben im Kleingewerbe befaßt sind, diese mögen in erster Linie sich eingehend mit dem hier Gesagten beschäftigen und ihr Urteil der Zentrale überweisen. Wenn dann die Auslassungen der Kollegen aus allen maßgebenden Blättern vorliegen, wird die Zentrale erneut dazu Stellung nehmen und die Entscheidung herbeiführen.

Kollegen! Laßt euch vor allem bei euren Beratungen davon leiten: Prüft eingehend das Für und Wider und wäghet das Beste, denn wenn man was verloren hat, erkennt man erst den Wert! E. W.

